

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **41 (1961-1962)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

KRISENSOMMER IN DER WELTPOLITIK

Der politische Sommer 1961 steht im Zeichen weltweiter Krisenstimmung. Die Windstille der Jahreswende mit der Ablösung Eisenhowers durch Kennedy liegt weit zurück. Die mißglückte Invasion auf Kuba brachte im März eine erste starke Erschütterung. Bald danach verschärfte sich der Laoskonflikt. Die Sowjets schossen am 12. April Gagarin in den Weltraum, um die Überlegenheit ihres Systems zu demonstrieren; in Amerika folgte am 5. Mai das bescheidenere «Mercury»-Projekt mit dem Astronauten Alan Shepard in der Kapsel. Der westöstliche Wettbewerb um die Eroberung des Weltraums trat in ein neues Stadium.

Die Wiener Begegnung Kennedys mit Chruschtschew brachte eine Ernüchterung, die sich nach den Drohungen des Sowjetdiktators gegen Berlin in Besorgnis verwandelt hat. Die *Berlinkrise*, die an anderer Stelle in diesem Heft behandelt wird, hat für die westliche Welt noch kaum absehbare Folgen. Chruschtschews aufgefrischte ultimative Ankündigung, noch dieses Jahr einen Sonderfrieden mit der DDR, das heißt praktisch mit sich selber abzuschließen, falls die deutsche Frage nicht in seinem Sinne an die Hand genommen werde, hat die Westmächte aufgerüttelt und zur Vorbereitung diplomatischer, politischer und militärischer Gegenmaßnahmen veranlaßt. Denken wir an die Schwenkung Präsident de Gaulles, der gewillt ist, den Algerienkrieg so rasch wie möglich abzubauen, um Energien, nicht nur militärische Einheiten, für die Stärkung Westeuropas freizumachen.

Diese Verschärfung des kalten Krieges wirkt sich auf die *Abrüstungsverhandlungen* aus. Zwischen den USA und der Sowjetunion sind Gespräche im Gang, geführt von Kennedys Berater in Abrüstungsfragen, *John McCloy*, und dem Sowjetrussen *Zorin*. Moskau beharrt dabei weiter auf der Forderung einer

globalen Abrüstung. Die Genfer Konferenz über die *Einstellung der Kernversuche* vermag den toten Punkt nicht zu überwinden. Moskau besteht auf seiner Ablehnung wirksamer Kontrolle; westliche Kompromißvorschläge fanden keine Gnade. Der Westen ist seinerseits gegen ein Verbot, solange nicht wirksame Kontrollmöglichkeiten gegeben sind.

Auch im *Konflikt um Laos* ist keine Verständigung zwischen Ost und West zustande gekommen. An der Konferenz in Genf erreichte man bisher nur in Verfahrensfragen Kompromisse. Auch die Waffenstillstandsgespräche zwischen Vertretern der sich bekämpfenden Parteien in Na Mon sind ohne Resultat. Die Zürcher Prinzensgespräche mit ihrem vagen Schlußcommuniqué zeitigten keine wirkliche Annäherung zwischen den beiden Lagern; die Vermittlungsversuche des Staatschefs von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, waren damit gescheitert. Hinter den rivalisierenden Prinzen steht groß der weltpolitische Antagonismus, und der Versuch, eine Regierungskoalition mit Vertretern aus allen Lagern zu schaffen, droht stets an den Spannungen des Ost-West-Konflikts, vor allem aber an der Intransigenz der kommunistischen Kräfte in Südostasien zu scheitern.

Hintergründe des Streits um Bizerta

Die blutigen Kämpfe um Bizerta gehören zu den bitteren Überraschungen dieses Sommers. *Präsident Bourguiba* hatte mit seinem vermittelnden außenpolitischen Kurs Sympathien erworben. In den UN besaß Tunesien großen Vertrauenscredit. Auch in der Algerienfrage wirkte der aufgeklärte Diktator mäßigend. Mitte Juli nun kündigte Bourguiba die *Blockade* der französischen Flottenbasis Bizerta an; gleichzeitig gab er bekannt, daß «Freiwillige» in die französische Sahara

marschieren würden, um damit den tunesischen Anspruch auf die Erdölfelder zu dokumentieren.

Diese Doppelaktion wurde durch die Befürchtungen ausgelöst, die Bourguiba gegenüber den *algerischen Nationalisten* hegt; das tunesisch-algerische Verhältnis aber berührt auch Tunesiens Rang unter den arabischen Staaten und seine Stellung zum Schwarzen Afrika. Bourguiba wollte den Ansprüchen der algerischen Exilregierung, wonach dem künftigen algerischen Staat die ganze französische Sahara zukomme, entgegenreten und so zu den *Erdölfeldern von Edjélé* vordringen, bevor die Franzosen sie Algerien aushändigen könnten. Die Pipeline von dort läuft schon heute über weite Strecken tunesischen Hoheitsgebiets.

Dieser Vorstoß von «Freiwilligen» zum Grenzstein 233 hätte jedoch als Unterstützung der Thesen de Gaulles verstanden werden können, da in den französisch-algerischen Verhandlungen Frankreich ja die algerischen Ansprüche auf die ganze französische Sahara ablehnt. Um den Verdacht profranzösischer Gesinnung zu zerstreuen, nahm Bourguiba die Kampagne gegen die französische Basis Bizerta wieder auf und kann sich nun erneut vor den Augen der Araber und Neger damit als «Feind des Kolonialismus» präsentieren.

Den blutigen Kämpfen in den Straßen von Bizerta liegen die zunehmenden Reibereien und Spannungen zwischen Bourguiba und den algerischen Nationalistenführern zugrunde. Das wachsende wirtschaftliche und militärische Gewicht eines künftigen unabhängigen Algerien bereitet dem tunesischen Führer Schwierigkeiten; der Block des Maghreb weist immer mehr Risse und Spalten auf, ein Prozeß, der durch die persönlichen Rivalitäten der Politiker beschleunigt wird. In diesem Machtkampf, der für das Verhältnis zu Kairo und zum Schwarzen Afrika südlich der Sahara entscheidend ist, hat Bourguiba das gefährliche Spiel um Bizerta gewagt, das blutiger Ernst wurde und große Opfer an Menschenleben forderte. Ob und wie weit er seine Position gestärkt hat, wird auch vom Ausgang der algerisch-französischen Gespräche am Genfersee ab-

hängen. De Gaulles Entschlossenheit, den Algerienkrieg zu liquidieren, ist durch den Plan bekräftigt worden, der auf eine Teilung, ja Räumung des algerischen Territoriums hinausläuft.

Kassem und das reiche Scheichtum

Am 19. Juni löste *Großbritannien* das Schutzverhältnis zum *Scheichtum Kuwait* und setzte ein Freundschaftsabkommen an seine Stelle. Aus dem Protektorat wurde ein unabhängiger Staat. Einige Tage darauf meldete der irakische Ministerpräsident *Kassem* seine Ansprüche auf das erdölreiche Scheichtum an. Die Bedrohung durch den starken Nachbarn im Norden zwang den Scheich zu Gegenaktionen. Auf sein Hilfesuch hin setzte prompt und rasch die Landung britischer Truppen ein, welche die Grenze gegen einen irakischen Übergriff verteidigen sollten. Das Scheichtum — sein Territorium entspricht ungefähr einem Drittel der Schweiz — wird von einer Viertelmillion Menschen bewohnt. Der Gewinn aber, den das Erdöl einbringt, steht in keinem Verhältnis zur bescheidenen Einwohnerzahl des Landes. Kuwait ist nach den USA, der Sowjetunion und Venezuela der viertgrößte Erdölproduzent der Welt. Großbritannien bezieht mehr als ein Drittel seines Erdöls aus Kuwait. Wegen dieser Erdölschätze ist der reiche Kleinstaat für die Nachbarn so begehrenswert. Für Kassem besteht freilich noch der Grund, die Aufmerksamkeit von der schwierigen innenpolitischen Situation des Irak abzulenken.

Die Militäraktion Großbritanniens und die zusätzliche Unterstützung des Scheichs durch saudiarabische Truppen waren eine deutliche *Warnung* an General Kassem. Inzwischen ist das britische Kontingent stark abgebaut worden. Die Vereinigte Arabische Republik anerkannte das unabhängige Scheichtum. Kassem beharrt jedoch auf seinen Ansprüchen auf den absolutistischen Feudalstaat am Persischen Golf. In der *Arabischen Liga*, der Dachorganisation der arabischen Staaten, werden die Auseinandersetzungen um Kuwait fortgeführt — jede Veränderung im Mittleren Osten setzt das unsichere Nebeneinander der arabischen Staaten neuen Belastungen aus.

Südtiroler Politik mit Dynamit

Während die europäische Integration immer dringlicher wird, und zwar nicht nur angesichts der kommunistischen Bedrohung, hat sich zwischen Österreich und Italien der Streit um Südtirol zugespitzt. Diese anarchische Fehde zwischen zwei Nationalstaaten belastet den westeuropäischen Zusammenschluß. Im Jahre 1946 waren durch das *Gruber-De-Gasperi-Abkommen* von Paris die Rechte der deutschsprachigen Minderheit im Oberetschgebiet festgelegt worden. Italien versäumte anfangs manches bei der Verwirklichung der vorgesehenen Garantien. Österreich machte sich als Partner des Abkommens und unter dem Druck von Innsbruck zum Fürsprecher der Minderheit. Durch die *Resolution der UN* vom letzten Herbst wurde Wien und Rom empfohlen, in Verhandlungen den Konflikt beizulegen. Auf die Außenministerkonferenz in *Mailand*, die negativ verlief, folgte ein Treffen in *Klagenfurt*, das eine Expertenkonferenz beschloß und Hoffnungen auf eine Verständigung weckte. Die Konferenz jedoch, die nach den Expertengesprächen in *Zürich* stattfand, endete mit einem brüskten Debakel.

Was hatte sich inzwischen ereignet? Die Ablösung Bundeskanzler Raabs durch Gorbach und die Ersetzung des Staatssekretärs im Außenministerium, des Innsbrucker Professors Gschnitzer, durch den Diplomaten Steiner war als Beginn einer versöhnlicheren Haltung Wiens verstanden worden, vor allem in Rom, wo man alle Veränderungen im Hinblick auf den Südtirolkonflikt interpretierte. Das Treffen in *Klagenfurt* hatte die Zuversicht erhöht; es stellte die Möglichkeit einer wirksamen Autonomie der Provinz Bozen in Aussicht — sehr zum Leidwesen jener kleinen Gruppe, die Abtrennung von Italien und Wiederanschluß an Nordtirol fordert. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni wurde

im Südtirol eine Welle von *Sprengstoffanschlägen* ausgelöst, und zwar gegen Kraftwerke und Hochspannungsleitungen. Der Schlag war gegen eine Verständigung der Experten und Außenminister in *Zürich* gerichtet. Einen Monat später wurden im Rahmen der terroristischen Pläne Eisenbahnlinien, nämlich die nördlichen Zufahrtslinien nach Italien, durch Sabotageakte unterbrochen. Es handelte sich um eine präzise Operation, mit der die bilaterale Annäherung durchkreuzt wurde. Der Versuch, im Kampf um die Selbstbestimmung Südtirols ein «neues Zypern» zu schaffen und mit Dynamit Politik zu machen, zeitigte einen ersten Erfolg.

Der Terrorismus wirkt indessen auf *Österreich* zurück. Eine Zentrale, wenn nicht *die* Zentrale des Irredentismus hat ihren Sitz in Innsbruck. Mit Wissen österreichischer Behörden und Politiker wurde der Kampf südlich des Brenners geschürt. Innenpolitische Rücksichten verhinderten ein aktives Durchgreifen der Polizei: angesichts kommender Wahlen will sich keiner der beiden Koalitionsparteien dem Verdacht eines nationalen Verrats aussetzen. So kommt es, daß der Wiener Sozialist Kreisky als Außenminister einer Koalitionsregierung das Zusammenspiel österreichischer Persönlichkeiten und Extremisten im Südtirol nicht aktiv zu verhindern suchte, obwohl er die Anschläge verurteilt.

Ohne Zweifel haben die Terrorakte in der Weltöffentlichkeit dem österreichischen Standpunkt geschadet. Wien beantragt nun in New York die Aufnahme der Südtirolfrage in die Traktandenliste der UN-Generalversammlung im Sinne der von ihm angestrebten politischen Lösung. Rom seinerseits denkt an einen Appell an den Internationalen Gerichtshof; aber eine rein rechtliche Abklärung kann heute keine Überwindung der Krise mehr bringen.

Picus

DIE NEUE BERLIN-KRISE

Das Jahr 1960 wurde wegen der Kongokrise und infolge der Verleihung der Souveränität an mehrere Länder des schwarzen Kontinents mit Recht als ein «afrikanisches Jahr» bezeichnet. Hingegen wird das Jahr 1961 allem Anschein nach als ein «Berlin-Jahr» in die Geschichte eingehen. Zwar ist es im Zeichen der außereuropäischen Ereignisse wie des Bürgerkrieges in Laos, des gescheiterten Invasionsunternehmens auf Kuba und des mißglückten Putsches der französischen Generäle in Algerien angelaufen, aber es waren nur periphere Geschehnisse von sekundärer Bedeutung für den Ablauf der Weltgeschichte.

Mit der Zusammenkunft Chruschtschew-Kennedy in Wien ist die weltpolitische Auseinandersetzung auf den wichtigsten Schauplatz der seit langem andauernden Kraftprobe nach Mitteleuropa zurückgekehrt. Berlin ist wiederum Symbol und Inhalt des Ost-West-Konfliktes geworden. Daß es dazu nicht nur kommen konnte, sondern vielmehr kommen mußte, lag schon seit langem in der Luft. Chruschtschews Termine, die er vor der gescheiterten Gipfelkonferenz zwar nicht konkret, sondern nur umschreibend meinte, waren abgelaufen. Und da sie in Zusammenhang mit der amerikanischen Präsidentschaftswahl standen, war auch eine vielleicht rein formale und spektakuläre Zusammenkunft des sowjetischen Regierungschefs mit dem neuen amerikanischen Präsidenten notwendig. Sie sollte dem üblichen diplomatischen Spiel um die Alibi-Frage dienen.

Die alten Ziele

Wenn Chruschtschew im Frühjahr auf das Zusammentreffen mit Kennedy sehr energisch drängte, so glaubte er zweifellos, daß es sich um einen geeigneten Augenblick handelte, weil die Politik des Westens wegen des Abenteuers auf Kuba und des Vorgehens der französischen Generäle in Algerien sich in einer Periode der Schwäche befand, die freilich von Chruschtschew überschätzt wurde. Man muß also annehmen, daß der Kremlherrscher sich Illusionen machte, er

werde diesmal seine alten Ziele rascher erreichen können. Denn im Grunde genommen hat Chruschtschew Anfang Juni 1961 den alten Plan aus der Schublade herausgezogen, den er schon Ende 1958 gefaßt hatte. Wenn man diesen Plan von der sowjetischen Blickrichtung untersucht, so geht es Chruschtschew sowohl um «positive» (natürlich im sowjetischen Sinne) wie auch um «negative» Ziele. Als positiv betrachtet die Sowjetunion den Umstand, daß mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages und durch das Herausdrängen der Westmächte aus ihrer bisherigen Position in Westberlin das Nachkriegskapitel in der sowjetischen Europa-Politik endgültig abgeschlossen werden könnte. Mit anderen Worten, Chruschtschew möchte die Eroberungen Stalins in Ost- und in Mitteleuropa als eine bleibende Tatsache mit einer erzwungenen Zustimmung der Westmächte statuieren. Ein solcher Plan schließt natürlich auch die endgültige Inkorporation Ostdeutschlands in den Ostblock mit ein. Auch das rangiert in den sowjetischen Überlegungen als ein durchaus positives Ziel, was sie gelegentlich als eine Stabilisierung der Nachkriegsverhältnisse in Europa bezeichnen.

Aber gemäß dem dialektischen Denken der Kommunisten schließen diese positiven Ziele keineswegs eine negative Auswirkung der Berlin-Offensive aus, sondern sie sollten eigentlich eine weitere Etappe zur Verbreitung des kommunistischen Einflusses in Westeuropa präjudizieren. So wird auf sowjetischer Seite angenommen, daß eine Niederlage des Westens in Berlin eine ganze Kettenreaktion psychologischer und machtpolitischer Vorgänge nach sich ziehen würde, die vor allem den bisher stabilsten Faktor in der westlichen Allianz, nämlich die Bundesrepublik bis in die tiefsten Grundlagen erschüttern würde. Das wiederum würde dann entsprechende Folgen auf Frankreich und Italien und sukzessive auch auf Großbritannien haben, die in kurzer Zeit zu einer kompletten Auflösung des NATO-Systems und folglich einer Isolierung der USA führen würde. So würde Chruschtschew dann den erträumten Sieg über die kapitalistische

Welt ohne eine kriegerische Auseinandersetzung davon tragen.

Innenpolitische Motive

Mit diesen an sich alten außenpolitischen und ideologischen Kombinationen hängen auch gewisse Überlegungen zusammen, die im Zuge der inneren Entwicklung in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten in jüngster Zeit von den obersten Gremien der herrschenden Parteien angestellt werden. Wenn Chruschtschew seit dem letzten Frühjahr auf eine möglichst baldige Konferenz mit Kennedy pochte, so war das zweifellos auch von den bereits längst angelegten Vorbereitungen zu dem für Mitte Oktober angesetzten 22. Parteitag der sowjetischen KP mitbestimmt. Vieles von dem, was Chruschtschew in den letzten Jahren den Völkern der Sowjetunion versprochen hatte, hat sich als völlig unreal erwiesen. Vor allem ist es dem Kremlherrscher nicht gelungen, die angekündigte Überflügelung der USA auf dem Gebiet des Pro-Kopf-Verbrauches an Konsumgütern nur in einem annähernden Ausmaß zu erreichen. Zudem sind noch in der sowjetischen Landwirtschaft gefährliche Engpässe eingetreten, die zum Teil durch die Experimente Chruschtschews, zum Teil aber infolge des verminderten behördlichen Drucks auf die Kolchosbauern, entstanden. Überall machten sich im gesellschaftlichen Leben der Sowjetunion Tendenzen bemerkbar, die sich gegen die allmächtige Herrschaft der Partei richten. Auch in dem totalitären System der Satellitenstaaten haben sich Risse gezeigt, die meistens aus den Konzessionen der Parteiführungen nach dem Revolutionsjahr 1956 herrühren. Die «Liberalisierungspolitik» Chruschtschews, die auf der einen Seite die ungarische Revolution und den Rückschlag der kommunistischen Herrschaft in Polen brachte und andererseits gewisse Vorteile in der Sowjetunion, hauptsächlich in der Wirtschaft zeitigte, ist auf der heutigen Etappe zu einem Hindernis für den unveränderten Anspruch der kommunistischen Partei auf die totalitäre Herrschaft geworden. Aber eine unmotivierte und eine allzu offenkundige Wiederkehr zu einem scharfmache-

rischen Kurs könnte Chruschtschew psychologische und materielle Rückschläge bringen. So scheint es, daß der sowjetische Diktator den alten Trick Stalins wiederholt, um die Nichterfüllung der Versprechungen sowie eine notwendige Straffung der Disziplin mit einer angeblich vom Ausland drohenden Gefahr zu begründen. Hier dürften die innenpolitischen Zusammenhänge mit einer neuen Berlin-Krise vorliegen.

Der Einfluß Ulbrichts

Neben der selbständigen außenpolitischen Konzeption Chruschtschews und den geschilderten innenpolitischen Motiven, die den Diktator zur Wiederaufnahme der Berlin-Offensive bewegten, kommt noch der dritte Faktor hinzu, der sich aus den komplizierten politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der sowjetischen Metropole und der ostdeutschen Kolonie ergibt. Heute kann wohl schon gesagt werden, daß der so oft unterschätzte SED-Chef, Walter Ulbricht, ungeachtet seiner Servilität Moskau gegenüber, es doch verstanden hat, die sowjetische Deutschlandpolitik einer elastischen Manövrierfähigkeit zu berauben und sie schrittweise auf eine einzige Variante der vorbehaltlosen Verteidigung der Interessen der herrschenden kommunistischen Clique festzulegen. Zunächst ist die Sowjetzone zu einer wichtigen wirtschaftspolitischen Komponente der sowjetischen Integrationspolitik des Ostblocks geworden. Jetzt erinnert Ulbricht die sowjetische Führung an diese wirtschaftliche Verflechtung und macht sie laufend darauf aufmerksam, daß die Verantwortung für die Konsequenzen, die sich aus dem fortlaufend ansteigenden Flüchtlingsstrom ergeben, letzten Endes bei den Sowjets liegt. Mit anderen Worten, Ulbricht erklärt, daß er keine Verpflichtungen für den Ostblock übernehmen kann, und diese sind auf einigen Gebieten, wie zum Beispiel der chemischen Industrie oder dem Maschinenbau von erstklassigem Rang. Damit übt er konsequent einen Druck auf die Sowjetunion aus, daß sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Diplomatie und Macht eine neue völkerrechtliche Situation herbeischaffen soll,

auf deren Grundlage das Zonenregime, mit der angeblichen Vollsouveränität ausgestattet, praktische Schritte zur Unterbindung der Fluchtbewegung nach dem Westen treffen könnte. Das heißt, daß die Sowjetunion den Friedensvertrag mit der DDR möglichst rasch unterzeichnen muß, damit Ulbricht das Loch nach Westberlin mit der Proklamierung einer entlang der Sektoren verlaufenden Staatsgrenze zumachen kann. Ein solches Vorgehen wird wahrscheinlich mit einer einseitigen Erklärung verknüpft, daß Westberlin nach Auffassung der Ostmächte eine Freistadt sei. Da die Westmächte und die in Westberlin regierenden deutschen politischen Kräfte eine solche Deklaration höchstwahrscheinlich ignorieren werden, wird dann von der östlichen Seite argumentiert, daß

man auf jegliche Beziehungen und Verbindungen mit Westberlin solange verzichten wird, solange der Status einer Freistadt nicht akzeptiert wird. Und so wird vermutlich der Vorwand zur Abschnürung der DDR und Ostberlins geschaffen. Es fragt sich bloß, welche Konsequenzen sich aus diesem wohl unvermeidbaren separaten Friedensvertrag für die Zugangswege von der Bundesrepublik nach Westberlin ergeben werden, Konsequenzen, die, soweit man es Ende Juli 1961, als diese Zeilen geschrieben wurden, übersehen kann, in allen Einzelheiten auf der sowjetischen Seite nicht festliegen und noch immer Gegenstand von Beratungen zwischen Moskau und Ostberlin sind.

Alexander Korab

CHRUSCHTSCHEW UND DIE VERTEILUNG DER WELTPOLITISCHEN MACHT

Die vorzüglich redigierte Vierteljahresschrift *The Review of Politics* (The University of Notre Dame, Notre Dame, Indiana) publizierte in ihrer Nr. 2/1961 einen höchst aktuellen Aufsatz von *Joseph G. Whelan, Khrushchev and the Balance of World Power*, der hier auszugsweise wiedergegeben wird.

Chruschtschews Urteil über die Verteilung der weltpolitischen Macht bestimmt die sowjetische Außenpolitik. In einem Interview mit A. Harriman im Juni 1959 betonte Chruschtschew, das kommunistische Lager besitze nun die Vormachtstellung und der Westen habe damit zu rechnen. Ohne nach der Richtigkeit dieser These zu fragen, soll hier geprüft werden, auf welchem Weg er zu dieser Auffassung kam.

Vor Chruschtschew bedeutete Weltpolitik für den Kommunismus den Kampf mit dem kapitalistischen Lager um die weltpolitische Vormachtstellung. Der Kampf zwischen diesen zwei Ideologien, die sich gegenseitig ausschlossen, würde mit dem Sieg des Kommunismus enden, entweder in offenem Kampf mit dem kapitalistischen Lager oder durch dessen Auflösung als Folge innerer

Zwistigkeiten. Nach der siegreichen bolschewistischen Revolution in Rußland kam der nationale Gegensatz hinzu und damit verbunden die These der kapitalistischen Einkreisung der sowjetisch geführten Länder. In dieser Periode war der Westen wohl dem inneren Zerfall ausgesetzt, hatte aber dank seinen Kolonien die Vormachtstellung inne. Dieser Auffassung entspricht Stalins Warnung am 18. Parteikongreß: «Vergeßt nie, daß wir von einer kapitalistischen Welt umgeben sind.»

Nach dem zweiten Weltkrieg erkannten die sowjetischen Führer schnell die veränderte Lage: Der Zusammenbruch der westlichen Kolonialreiche als Folge des Kriegs und der Druck der nationalen Befreiungsbewegungen verringerten die westliche und vergrößerten die sowjetische Macht. Trotzdem wiederholte Stalin noch am 19. Parteikongreß 1952 die These der kapitalistischen Einkreisung.

Bald nach Chruschtschews Machtantritt wurde diese These revidiert: Die jungen neutralistischen Staaten Asiens und Afrikas, die sogenannte «Zone des Friedens», wurde der

Macht des friedfertigen kommunistischen Lagers zugerechnet und brachten diesem die Vormachtstellung. In steigendem Maße bestimmten nun die Sowjets das Weltgeschehen; mit Hilfe der Neutralisten konnten sie jeden kapitalistischen Angriff zurückweisen; eine offene kriegerische Auseinandersetzung war vermeidbar. Auch die These der kapitalistischen Einkreisung fiel nun dahin. Unter der Flagge der friedlichen Koexistenz konnte man das kapitalistische Lager von der — nach Marx — wirtschaftlich notwendigen Waffenproduktion abbringen und damit dem wirtschaftlichen Ruin und endlichen Zusammenbruch von innen her ausliefern.

Von dieser sowjetischen Vormachtstellung ist Chruschtschew ebenso überzeugt wie vom kommenden Sieg des Kommunismus: Nichts wird den gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte hemmen; der Kapitalismus wird untergehen wie einst der Feudalismus des Mittelalters, auch gegen seinen Willen, und wird am Ende dem Kommunismus als der zeitgemäßen Gesellschaftsordnung weichen. Wie schon Lenin und Stalin identifizieren heute Chruschtschew und die sowjetische Führung ihr Wollen mit dem Willen der Geschichte.

Diese Auffassung ist psychologisch und philosophisch in der marxistisch-leninistischen Ideologie begründet. Sekundär haben aber verschiedene äußere Momente Chruschtschews Denken stark beeinflusst und seine vorgefaßten Meinungen gestützt: die Ausbreitung des Kommunismus über ein Viertel der Erdoberfläche und bei einem Drittel ihrer Bewohner, die Neigung der neuen unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas zu Spielarten des Sozialismus, das Gefühl der inneren Geschlossenheit des Sowjetblocks, die Stabilität seiner Führung und seine wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolge. Dramatische Veränderungen sind dagegen kaum zu erwarten: Selbst eine Verschlechterung der russisch-chinesischen Beziehungen würde durch die Vorteile des Bündnisses immer noch aufgewogen. So gewinnen Chruschtschews primär ideologisch begründete Ansichten durch den objektiv faßbaren Machtzuwachs volle Berechtigung.

Diese sekundären, äußeren Momente sind

nun die Faktoren der sowjetischen Machtkalkulation: Das Total der gesondert beurteilten ideologischen, militärischen, politischen und ökonomischen Faktoren entspricht der gesamten Macht des Kapitalismus. Aus dem Vergleich mit dem entsprechenden kommunistischen Machttotal geht dann dessen weltpolitische Vormachtstellung hervor. Im folgenden sei der Einfluß des wirtschaftlichen und militärischen Moments auf Chruschtschews Denken etwas ausführlicher dargestellt.

Noch vor vierzig Jahren war Rußland die wirtschaftlich schwächste Großmacht. In den dreißig Jahren von 1928—1958 wurde die Sowjetunion trotz Weltkrieg und Wiederaufbau zur zweitgrößten Industriemacht nach den USA. Amerikanische Fachleute wie A. Dulles, der Leiter des Central Intelligence Service, halten eine Steigerung der sowjetischen industriellen Erzeugung um 80% in ert sieben Jahren für möglich. Bei einer industriellen Zuwachsrate von 8—9% gegen 4,5% der USA wird die Lücke schon 1970 fast geschlossen sein, falls die amerikanische Zuwachsrate nicht stark erhöht wird. Das sowjetische Bruttosozialprodukt, die Summe der in einem Jahr hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen, wird nach Dulles in der Sowjetunion jährlich um etwa 6% steigen, gegenüber höchstens 4% in den USA. Schon 1965 wird das sowjetische Bruttosozialprodukt gut 50% des amerikanischen betragen, 1970 etwa 55%. Diese Entwicklung wird noch gefördert durch die steigende Integration der Ostblockstaaten in die sowjetische Wirtschaft sowie das Aufstreben Chinas.

Als Anmerkung sei hier beigefügt, daß diese Vergleiche kein völlig gerechtes Bild vom wirtschaftlichen Kräfteverhältnis geben, denn die Ausrichtung der amerikanischen Wirtschaft auf die Konsumentenwünsche benachteiligt sie rechnerisch gegenüber einem Staat, dessen Wirtschaft auf außenpolitisches Machtgewinn abzielt.

Natürlich beeinflussen diese wirtschaftlichen Erfolge auch Chruschtschews Denken: Der Drittelsanteil des kommunistischen Lagers an der industriellen Erzeugung der Erde ist in seinen Augen auch politische Macht,

und dieser ökonomische Machtzuwachs entspricht wieder historischer Notwendigkeit. Er zeigt die Überlegenheit des kommunistischen Systems, erlaubt ein stärkeres Eingreifen in das politische Schicksal anderer Staaten durch Ausweitung von Handel und Wirtschaftshilfe und verstärkt die militärische Machtstellung.

Entscheidend ist aber das militärische Machtverhältnis. Der Abschluß der Sputniks und Luniks bewies nicht nur den sowjetischen Vorsprung in der Raketentechnik, sondern auch die militärische Vormachtstellung, von der auch bedenkenlos Gebrauch gemacht würde. So äußerte Chruschtschew 1959 gegenüber A. Harriman: «Wenn ihr Krieg haben wollt, so könnt ihr ihn haben», und weiter: «Unsere Macht ist unbezwingbar.»

Hinter dieser hohen Einschätzung der militärischen Macht steht Chruschtschews Wissen um die Zielsicherheit, Reichweite und atomare Vernichtungskraft seiner interkontinentalen Raketen, von denen jedes Jahr 250 Stück das Fließband verlassen, «wie Würstchen aus einem Automaten». Nach der Schätzung amerikanischer Fachleute besitzt die Sowjetunion heute mehr als dreimal mehr solcher Fernwaffen als die USA, die heute ebenfalls in ihrer Reichweite liegen.

Neben diesen interkontinentalen Waffen

verfügen die Sowjets immer noch über 3,5 Millionen modern gerüsteter konventioneller Truppen, die größte Luftwaffe und die zweitstärkste Kriegsflotte der Welt, deren Unterseeboote die Hälfte der amerikanischen Bevölkerung mit ihren Raketen bedrohen.

Dieser Wandel im weltpolitischen Machtverhältnis hin zur sowjetischen Vormachtstellung ist in Chruschtschews Sicht das entscheidende Ereignis unserer Zeit: Das Gesetz der Geschichte und die Macht sprechen beide für den Kommunismus. Aus dieser Tatsache ergeben sich die Grundsätze der sowjetischen Außenpolitik: Der Westen steht in der Verteidigung; er hat entsprechend der sowjetischen Macht und dem geheimen militärischen Druck zu handeln und gemäß seinem Machtverlust zurückzuweichen: in der Berlinfrage, in der Behandlung des kommunistischen Vorschlages für ein Dreiersekretariat der UNO und selbst in der westlichen Hemisphäre, in Kuba. All dies sind politische Folgen der sowjetischen Vormachtstellung. Friedliche Koexistenz bedeutet für Chruschtschew – wie alles menschliche Handeln im marxistischen Sinn – Kampf um die Macht bis zum völligen Sieg, dessen Ausgang durch die Kräfte der Kämpfer bestimmt wird. In Chruschtschews Machtstreben sind politische Praxis und Ideologie eins.

Josef Plattner

DAS UNSTABILE AN PAKISTANS STABILITÄT

Mitte Juli, bei seinem delikaten Besuch in Washington, wird der pakistanische Staatspräsident Mohammad Ayub Khan die Kennedy-Verwaltung auch über seine Haltung zu einem Dokument unterrichtet haben, das ihm am 7. Mai überreicht worden ist, und zu dem er und sein Kabinett bisher geschwiegen haben. Dieses Dokument, mit politischem Zündstoff geladen, ist der schon gerüchtemrante Bericht der Verfassungskommission, die von Präsident Ayub Khan eingesetzt worden war. Gleichgültig, wie die Empfehlungen der Kommission im einzelnen aussehen, ob, wie erwartet, eine Präsidialde-

mokratie nach amerikanischem Vorbild vorgeschlagen wird oder nicht, gleichgültig auch, wie die Empfehlungen vom Präsidenten abgeändert werden — dieser Kommissions-Bericht bringt den Anfang vom Ende des «aufgeklärt-patriarchalischen Militärregimes» in Pakistan näher: irgendeine Verfassung, die den verfassungslosen Zustand aufheben, das seit 1958 geltende Kriegsrecht ablösen wird. Der Bericht soll den Vorschlag enthalten, daß das erste neue Parlament von den 80 000 «Basic Democrats» gewählt werden soll — und damit würde es eine «verlässliche» Zusammensetzung haben —, daß aber

das folgende, zweite Parlament aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollte. Nicht das erste, wohl aber das zweite Parlament könnte also die Rechnungen der Militärregierung durchkreuzen. Denn dieses zweite Parlament, das einem Wahlkampf folgen würde, in dem eine Freiheit der Meinungsäußerung auch von den jetzt disqualifizierten Berufspolitikern ausgenutzt worden wäre, würde zweifelsohne sehr bald die Verfassung zu ändern versuchen.

Verfassung als Waffe

In jedem Falle wird die Verfassung, die Ayub Khan für Anfang 1962 versprochen hat, in der Hand der oppositionellen Kreise ein Instrument sein, über das sie seit der «Oktoberrevolution» nicht verfügt haben. An die Verfassung hängen die idealistischen wie die gerissenen Demokraten ihre Hoffnungen. Denn hält das Militärregime sein Versprechen, so sind die Tage der Militärregierung wenn auch noch nicht gezählt, so doch begrenzt.

So wäre Präsident Ayub Khan aber auch dem typischen Dilemma der Militärregierungen in unterentwickelten Ländern ausgewichen: Diese Regime können nützlich, sogar unausweichlich sein, weil sie neutral, unbelastet sind und Entscheidungen treffen, Reformen durchführen, die von Politikern, die auf die Volksstimmung achtgeben müssen, nicht gewagt werden würden. In Pakistan, beispielsweise, hätte eine demokratische Regierung kaum die allgemein als unerlässlich angesehene Landreform durchgeführt — bei einer oberen Grenze von 500 Hektaren und einer unteren von 12,5 eine milde und vernünftige Reform verglichen mit der Besitzerstückelung in indischen Staaten — oder mit der Ansiedlung und Entschädigung von 10 Millionen Flüchtlingen begonnen, die Säuberung der korrupten Verwaltung angepackt. Militärregierungen verpassen dann jedoch, an die Macht gewöhnt, den Zeitpunkt zum Rücktritt. Die Offiziere verlieren den instrumentalen Charakter, mit dem sie ihre Machtergreifung zunächst gerechtfertigt hatten, und die künstliche Stabilität wird eine Tugend in sich selbst.

Autokratie «ist gut»

Bei ihrem Staatsbesuch in Pakistan, im Februar, gebrauchte die englische Königin die Formulierung, es sei nicht überraschend, wenn sich herausstelle, daß die von den Briten übernommenen politischen Formen «Änderungen brauchen, um ganz anderen Umständen zu genügen»; diese politischen Formen seien nicht heilig, gestand Elisabeth II. zu, die erste, den demokratischen Apparat ausschaltende Militärregierung im Verbands des Commonwealth legalisierend. Die Volksmasse steht hinter dem System; die «Diktatur mit gesundem Menschenverstand» ist tatsächlich populär. Junge Intellektuelle in Pakistan rechtfertigen ihren starken Präsidenten wie André Malraux seinen de Gaulle (das ließ zumindest eine vom «Kongreß für kulturelle Freiheit» organisierte Konferenz des pakistanischen PEN-Klubs in Karachi vermuten, in der freimütig über «Die Verantwortung des Schriftstellers im totalitären Regime» diskutiert wurde). Auch westliche Diplomaten und Geschäftsleute scheuen sich nicht, Ayub Khans wirkliche Erfolge zu loben. Selbst die Inder, die von Gandhi gelernt haben, Mittel und Zweck zu unterscheiden, und die demnach nicht mit einer Erfolgsethik argumentieren sollten, scheinen an einem Militärregime Gefallen zu haben: Von der merkwürdigen, jedoch in politische Kalküle über Indien einzubeziehenden Tatsache abgesehen, daß von manchen jungen Indern die Ansicht zu hören ist, auch Indien brauche einen Ayub Khan, ist eine Meinungsbefragung aufschlußreich, die das «Indian Institute of Public Opinion» kurz nach dem Umsturz in Pakistan in Bombay durchgeführt hat. Diese Umfrage ergab, daß 69 Prozent der Befragten es richtig fanden, daß in Pakistan die Verfassung außer Kraft gesetzt worden ist, und daß 77 Prozent aller Befragten — von den befragten Hochschulabsolventen sogar 84 Prozent — urteilten, eine Militärdiktatur für Pakistan «ist gut».

Wie Preußens Hegemonie

Ayub Khans Regime ist allerdings weniger ein politisches Phänomen als ein ethnisches

und soziologisches. Der Punjab — ein «pakistanisches Preußen», das von alters her Soldaten und Bauern gestellt hat und in dem die politische Bewußtheit weniger erwacht war als in jeder anderen Region des Subkontinents — ergriff die Macht, nachdem die Offiziere untätig zugeschaut hatten, wie im feucht-fiebrigen Karachi Korruption und Mißwirtschaft um sich griffen, das demokratische Leben zu einer Farce wurde, die heute niemand zurückwünscht, auch die schärfsten Kritiker des Militärregimes nicht. Gesprächen mit einigen Teilnehmern an der «Oktoberrevolution» ist zu entnehmen, daß das Präsidialsystem nicht einmal von den aktiven Offizieren ausgedacht worden ist, sondern vom damaligen Präsidenten Iskander Mirza, Ex-General und «starker Mann», der schon 1957 öffentlich für Pakistan eine Regierung nach amerikanischem Muster und eine «kontrollierte Demokratie» gefordert hatte, ohne allerdings damals ein Echo auszulösen. Drei Wochen nach dem Putsch drängten die Generäle Ayub Khan, Azam Khan und W. A. Burki Iskander Mirza zum Rücktritt, so erscheint es rückblickend, weil sie befürchteten, daß Pakistan von Iskander Mirza nach links gesteuert worden wäre.

Es war gleichsam folgerichtig, daß das Militärregime aus dem überfüllten, «ungesunden» Karachi auszog und in dem 1200 km nördlich gelegenen *Rawalpindi* eine provisorische Hauptstadt einrichtete. Dort war der letzte Akt des Staatsstreiches geplant worden; dort war das Armeehauptquartier, und dort haben die älteren Generäle die jüngeren, politisch radikaleren Obristen unter der Kontrolle, mit deren politischer Experimentierfreude auch in Pakistan gerechnet werden muß.

1919 bis 1958 ausgestrichen

Dort, in dem kleinen Punjab-Städtchen, an das sich in 15 Jahren das neue Regierungszentrum Islamabad anschließen soll (das heute erst als Blaupause und faszinierender Traum existiert), sei auch die Korruptionsgefahr geringer, wird unverblümt erzählt. So gibt es in Rawalpindi nur ein Hotel. «Wir können genau kontrollieren, wer an-

reist und wer abreist.» Und das wird im Tonfall des Erziehers, nicht des Diktators, gesagt. In Rawalpindi wird der Besucher von Regierungsbeamten mit der selbstkritischen Äußerung in Verlegenheit gebracht: «Wir sind noch nicht reif für die Demokratie.» Die parlamentarische Demokratie habe sich in Pakistan nicht bewährt. Die Kritiker Ayub Khans indessen, die demgegenüber anführen, daß von der Militärregierung eine seit 1919 anhaltende, langsame demokratische Entwicklung ausgestrichen worden sei, haben recht, wenn sie argumentieren, daß der Demokratie in Pakistan nie eine Chance gegeben worden sei.

Das alte System, in dem jeder der 80 Parlamentarier einen Distrikt mit einer Million Einwohner vertrat, die ihren Abgeordneten vielleicht nie zu Gesicht bekamen, konnte nicht als Demokratie bezeichnet werden. Denn anders als in Indien, hatte es in Pakistan seit der Unabhängigkeit keine allgemeinen Wahlen gegeben; Parlamentssitze sollen käuflich gewesen sein. Das neue System einer dezentralisierten Demokratie, von der Militärregierung am Tage ihrer Machtübernahme dekretiert — diese fünfstöckige «Basic Democracy» ist ein einleuchtendes Experiment: Je 1000 Bewohner wählen aus ihrer Mitte einen Kandidaten; je 10 dieser «Basic Democrats» bilden einen «Union Council», der eine Art Gemeinderat sein sollte.

Aller Anfang ist schwer

Um einzusehen, daß diese demokratische Selbstverwaltung auf der untersten Ebene noch nicht funktionieren kann, muß man Sitzungen der «Union Councils» miterlebt haben. Da diesen «Gemeinderäten» Vollmachten mangeln, tagen viele nur selten, und man muß schon hartnäckig seinen Wunsch wiederholen, wenn man eine Sitzung sehen will. In der Nähe von Karachi tagte ein «Union Council»; die letzte Sitzung hatte vor einem Monat stattgefunden. Von den gewählten «Basic Democrats» war nur die Hälfte erschienen. Wie Schüler vor einem nachsichtig-wohlwollenden Lehrer saßen sie in einem karg eingerichteten ehemaligen Laden vor dem Vorsitzenden, der die einstün-

dige Debatte über eine Bewässerungsanlage mit penibler Formalität leitete und größtenteils bestritt. Die «Basic Democrats» wissen noch nicht, was sie beschließen können und wozu sie da sind, weil alle wichtigeren Entscheidungen in den zwei oberen Stockwerken der «Basic Democracy» fallen, in denen Beamte überwiegen und tonangebend sind. In einzelnen Landesteilen können zudem 85 Prozent der «Basic Democrats» weder lesen noch schreiben. Wollen sie mehr Vollmachten haben? Sofort kam die Antwort: O nein... Wir wüßten nicht, was wir damit anfangen sollten... Wir müssen uns erst daran gewöhnen, daß wir für uns selbst verantwortlich sein sollen. Es ist daran gedacht worden, den «Basic Democrats» im begrenzten Maße die Rechtsprechung zu übertragen, so daß sie kleine Streitfälle in ihren Dörfern selbst schlichten könnten. Indes, diese zusätzliche Aufgabe würde ihre Popularität kaum erhöhen.

Ein Problem der Zukunft ist es, ob und wie weit einzelne «Basic Democrats» dem unkontrollierbaren Druck der disqualifizierten Berufspolitiker ausgesetzt sind und deren Strohmannen werden. Kritiker des Regimes, die über das gesamte Unternehmen, die Bevölkerung in die demokratische Schule zu nehmen, jetzt schon lächeln, höhnen, daß mit der Vervielfältigung der früheren 80 korumpierbaren Parlamentarier in 80 000 «Basic Democrats» auch die Korruption vertausendfacht worden wäre. Kurz, bei einem nüchternen Blick auf die «Basic Democracy» ist anzunehmen, daß das Militärregime nicht die Zeit haben wird, abwarten zu können, bis dieser Beginn in Selbstverwaltung ein Eigengewicht gewonnen hat.

Achse der Außenpolitik

In Pakistans Außenpolitik ist Kaschmir weiterhin die Achse, um die sich alle anderen Elemente drehen. Kaschmir, sozusagen die Konkretisierung der Feindseligkeit in dem gespaltenen Subkontinent, vergiftet das Verhältnis zwischen Pakistan und Indien. Der frappierende Unterschied zwischen den beiden Staaten, zwischen den vagen, pantheistischen, weltentrückten oder weltverfallenen

Hindus und den monotheistischen, zupackenden Moslems, die sich in der Welt bewähren können und deshalb einem westlichen Besucher näher sind, wird durch den Kaschmir-Konflikt zu einer unduldsamen Animosität verschärft. In Pakistan mißt man die Freunde danach, wie sie sich zu Kaschmir stellen: Es genügte, daß Averell Harriman und Vizepräsident Lyndon Johnson in Karachi einige ungeschickte Erklärungen über Kaschmir abgaben, um das prowestliche Klima einige Grade sinken zu lassen.

Für Indien war der Besitz Kaschmirs zunächst eine Prestigefrage; mit der Zeit wurde es zu einem Programmpunkt der indischen Parteipolitik. Und jetzt wäre Nehru, der als Kaschmiri und emotionaler Staatsmann in seiner gesamten außenpolitischen Konzeption stark durch den Kaschmir-Konflikt beeinflußt wird, kaum noch in der Lage, in der Kaschmir-Frage Konzessionen zu machen: ein Aufschrei der hinduistischen Nationalisten vom rechten Flügel wäre die Folge, und die «Kongreß»-Partei hätte die Kosten in den Wahlen zu tragen. Für Pakistan hingegen ist der Anspruch auf Kaschmir ein vitales Interesse: Für ein Land, das aus einer Ideologie, gleichsam aus einer Resolution der Moslem-Liga entstanden ist und das aus zwei, durch 2200 km getrennten Teilen besteht, für ein Land, in dem nur die gemeinsame Religion, nicht aber ein Nationalgefühl einen pathanischen Bauern mit einem ostbengalischen Fischer verbindet, ist der Gedanke, daß ein Moslemgebiet mit 4 Millionen Einwohnern, das nur wenige Wegstunden hinter der provisorischen Hauptstadt Rawalpindi beginnt, durch «indische Imperialisten» unterdrückt wird, daß dieser Region das Selbstbestimmungsrecht verweigert wird, ein Stachel im Fleisch, ein Quell der steten Unruhe.

Geschichtskorrektur

Es ist nicht anzunehmen, daß eine Lösung des Kaschmir-Konfliktes gefunden werden kann, solange Nehru Premierminister ist — er, dem, mehr noch als den anderen Adjutanten Gandhis, von den Pakistanis eine gewisse Schuld an der Teilung des Subkontinents zugeschoben wird. (Eine erste Korrek-

tur an dem geläufigen Hintergrunde der Teilung ist bereits mit den Memoiren des 1958 verstorbenen Maulana Abul Kalam Azad, einem Moslem, einstiger Präsident der «Kongreß»-Partei, dann erster Erziehungsminister des unabhängigen Indiens, begonnen worden. Seine interessante Darstellung des internen Freiheitskampfes ist unter dem Titel «India Wins Freedom» [Orient Longmans, 1959] in Pakistan zu einem Bestseller geworden).

Kaschmir ist eines der Motive für den prowestlichen Kurs gewesen, den Pakistan seit 1953 steuert. Karachi rechnete damit, daß seine prowestliche Haltung mit einer propakistanischen Haltung der Westmächte in der Kaschmir-Frage honoriert werden würde. In der «Öffnung nach Osten», die in den vergangenen Monaten von Pakistan versucht worden ist — zunächst mit den pakistanisch-chinesischen Verhandlungen über die Fixierung eines 500 km langen Grenzstreifens in Kaschmir, der weder wirtschaftlich noch strategisch wichtig ist und der gerade deshalb den Verhandlungen eine politische Bedeutung unterschob; dann mit dem pakistanisch-sowjetischen Erdölabkommen, das am 4. März von Zulfikar Ali Bhutto, dem Minister für das Energiewesen, unterzeichnet worden ist, dem 35jährigen Zivilisten in Ayub Khans Kabinett, der als Befürworter eines vorsichtigen Ostkurses gilt — hinter dieser außenpolitischen Kursschwenkung ist die Ungeduld der Pakistani über das Lavieren der Westmächte in der Kaschmirfrage zu erkennen.

Es kommt hinzu, daß die deutlichen Sympathien der Kennedy-Verwaltung für den indischen Neutralismus mit Verärgerung registriert worden sind. Die 320 Millionen Dollar, die Pakistan als Entwicklungshilfe erhält — ein Land, das noch ärmer ist als Indien: 75 Rappen Tagesverdienst pro Kopf der Bevölkerung —, wurden mit den 2000 Millionen Dollar verglichen, die Nehru für die nächsten zwei Jahre versprochen worden sind. Und die Pakistani stellten die naheliegende, zynische Frage: Macht sich politischer Opportunismus besser bezahlt als Bündnistreue zu den Westmächten? Auch diese Frage trieb Präsident Ayub Khan schon

im Juli, vier Monate früher als anfänglich vorgesehen, nach Washington. Während seiner Tour kritisierte er die neue amerikanische Politik in Südostasien, und er warnte, daß Pakistan sich gezwungen sehen könnte, seine Verpflichtungen in CENTO und SEATO zu überprüfen. Nur Schreckschuß oder mehr — in pakistanischen Augen ist Nehru ein gerissener Taktiker und von Karachi aus gesehen bietet Indien ein anderes politisches Bild als von europäischen Hauptstädten aus.

Eine andere Perspektive

«Wir haben die Unvernunft des Pandit Nehru (in der Kaschmir-Frage) zu lange ertragen, und wir haben zwölf lange Jahre gewartet, daß die Vereinten Nationen mit Gerechtigkeit handeln würden. Wir haben uns die UdSSR, die in der Kaschmir-Frage zunächst eine Haltung der Neutralität angenommen hatte, entfremdet, indem wir sie bei jeder Gelegenheit herausgefordert haben und zur Pfeife ihrer Gegner tanzten, bis Moskau, voller Abscheu, seinen Standpunkt änderte und in der Kaschmir-Frage die Partei Indiens ergriff», schrieb ein anonymes «politischer Beobachter» in Karachis Zeitung «Dawn» (1. Februar 1961) in einem programmatischen Kommentar. Der Verfasser, ein prominenter pakistanischer Diplomat und Industrieller, setzte uns auseinander, daß er nach Besuchen in Moskau und Peking die «Öffnung nach Osten» als erster propagiert habe. Es sei durchaus nicht unmoralisch, wenn man von beiden Seiten jede Hilfe, die sich aushandeln lasse, annehme. Dieser erfahrene Beobachter argumentierte in seinem Kommentar sogar, daß Nehru nach dem chinesischen Einfall in Tibet die Übergriffe chinesischer Truppen in das Ladakh-Gebiet (im indisch besetzten Kaschmir) propagandistisch ausgenützt habe: «Was Pandit Nehru wollte, war die finanzielle Hilfe der Westmächte. . . er wollte mehr Geld, mehr Industrien, mehr Nahrungsmittel, in Fülle und viel rascher, und er dachte, daß er all das erhalten würde, wenn er seinen großen Freunden die Gefahr präsentieren würde, die Indien von Rotchina droht. Der Bluff machte sich bezahlt, und die finanzielle Hilfe des

Westens wurde beschleunigt, und noch generösere Beträge wurden genannt, damit Indien rasch gestärkt werde. . . »!

Es wird erwartet, daß die «Öffnung nach Osten», diese Irritierung in der prowestlichen pakistanischen Außenpolitik, anhalten wird. Und sie würde — das ist der beunruhigende Eindruck nach verschiedenen Gesprächen — noch rascher und deutlicher zunehmen, falls der «Oktoberrevolution» der älteren Generäle über kurz oder lang ein anderer Putsch der radikaleren jüngeren Offiziere folgen sollte.

Alfred Schüller

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Veränderte Perspektiven

Die Schweiz verbindet in ihrer staatlichen Tradition größtmögliche Weltoffenheit auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene mit der sorgfältigen und wachsam behauptung des politischen Selbstbestimmungsrechts. Der engen handelspolitischen Verflechtung mit der Umwelt steht eine staatspolitische Konzeption gegenüber, die entsprechend der Losung «Mischt Euch nicht in fremde Händel» durch weise Beschränkung auf die Ordnung der eigenen Angelegenheiten im Innern gekennzeichnet ist. Die Außenpolitik unseres Landes war daher auch im Zeitalter eines überhitzten imperialistischen Nationalismus auf die Behauptung dieser Unabhängigkeit begrenzt. Sie war im wesentlichen passiver Art und blieb in den großen Linien während Jahrzehnten weitgehend unbestritten.

Diese Unité de doctrine hatte zur Folge, daß die Gestaltung der Auslandsbeziehungen hierzulande, im Gegensatz zu den umliegenden Staaten, nie zum innenpolitischen Zankapfel wurde. Niemals spielten außenpolitische Probleme eine dominierende Rolle in Wahlkampagnen. Und in den eidgenössischen Räten gab es immer nur vereinzelte Parlamentarier, die sich die wenig attraktive Außenpolitik zum Spezialgebiet erkoren. An diesem Zustand hat sich im Prinzip auch in der Nachkriegszeit nichts geändert. Und doch ist man heute geneigt, von einer unvermerkten grundlegenden Verlagerung der Akzente zu sprechen.

Aktivierung der Außenpolitik

Überspitzt formuliert kann man sagen, daß

uns die Verhältnisse gezwungen haben, unsere traditionell passive durch eine aktive Außenpolitik zu ersetzen. Es begann damit, daß eine Welt im Umbruch die guten Dienste des neutralen Kleinstaats vermehrt in Anspruch nahm. Und mit dem Versuch, der Menschheit nach 1918 durch den Völkerbund eine internationale Ordnung zur Sicherung des Friedens zu geben, sah sich unser Volk erstmals seit der Gründung des Bundesstaates veranlaßt, seinen völkerrechtlichen Status genau zu überprüfen. Diese Selbstprüfung wiederholte sich nach dem zweiten Weltkrieg und ergab zunächst im Prinzip das gleiche Resultat wie in den zwanziger Jahren: Die Schweiz hatte keinen Anlaß, ihre bewährte Konzeption der Neutralität zugunsten der Einordnung in eine übernationale Körperschaft mit völlig ungewissem Schicksal preiszugeben.

Das bedeutete indessen nicht, daß sich die schweizerische Haltung zum weltpolitischen Geschehen in einem lethargischen Absentismus erschöpfte. Ganz abgesehen davon, daß dies nicht der Tradition des Landes entsprochen hätte, wäre eine solche Politik des absoluten «Disengagement» unrealistisch gewesen. In einer Zeit der wachsenden Internationalisierung von Wirtschaft, Technik und Verkehr hätte sie katastrophale Folgen haben müssen, umsomehr als mit zunehmender Spaltung der Welt in zwei unversöhnliche Blöcke auch die Institutionalisierung dieser verstärkten übernationalen Koordination rasch voranschritt. Durch die tatkräftige Mitarbeit in allen jenen Organen und Organisationen, welche die Selbstbestimmung unangetastet ließen, stellt die Schweiz den konstruktiven Charakter ihrer Staats-

maxime «Neutralität und Solidarität» laufend unter Beweis.

Damit war auch unvermerkt der Boden vorbereitet für jene Geschehnisse, die in gewissem Sinn eine historische Wendemarke bezeichnen: Der Verlauf der wirtschaftlichen Einigung Europas mit der drohenden Diskriminierung jener Staaten, die der EWG ferngeblieben waren, veranlaßte die schweizerische Landesregierung, eine außenpolitische Initiative zu ergreifen und deren Verwirklichung entscheidend voranzutreiben. Die rasche Bildung der EFTA war zu einem wesentlichen Teil das Verdienst des Bundesrates und seiner Mitarbeiter.

Es mag mit dem ungewohnten Charakter dieser grundsätzlich neuen außenpolitischen Verhaltensweise zusammenhängen, daß die Öffentlichkeit der weiteren Entwicklung mit Zeichen der Unsicherheit, ja Nervosität folgte. Das trat klar zutage, als man vom Interesse Englands an Kontakten mit der EWG erfuhr. Sonst eher gewohnt, zunächst die andern Staaten vorangehen zu sehen und erst danach die Stellung der Schweiz zur neuen Situation zu fixieren, sah sich unser Land nun plötzlich selbst mitten in eine scheinbar unklare und jedenfalls unübersichtliche Lage hineinversetzt. Das erweckte offenbar da und dort das Gefühl, den sicheren Port verlassen und sich ziemlich hilflos dem reißenden Strom der großen Politik ausgeliefert zu haben. Es wird ohne Zweifel einiger Zeit bedürfen, bis sich diese «politische Seekrankheit» gelegt haben wird. Sie muß aber der Einsicht weichen, daß wir als aktive Mitspieler in der großen Partie um die Integration weniger der Gefahr ausgesetzt sind, vor unkorrigierbare *Faits accomplis* gestellt zu werden. Konkret gesprochen hat unser Land als Mitglied der EFTA eine praktische Möglichkeit, aktiv auf eine politische Entwicklung einzuwirken, deren Resultat für die Schweiz in jedem Fall von schicksalsschwerer Bedeutung sein wird.

Wachtablösung ohne Kursänderung

Daß die Nervosität kaum begründet war, sahen im übrigen, nach Überwindung des ersten Schocks, weite Kreise ein. Bundesrat

Petitpierre konnte Mitte Juni in seiner großen Abschiedsrede vor dem Nationalrat mit Fug und Recht feststellen, daß die gegenwärtige Entwicklung die Nützlichkeit der EFTA aufs deutlichste unterstreiche. Und die Tagung des EFTA-Rats auf Ministerebene, der Ende Juni nach London einberufen wurde, erhärtete diesen Eindruck noch weiter. Er betonte in beruhigender Weise die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, zusammenzuhalten und gleichzeitig elastisch zu bleiben.

Unter diesen Umständen darf man es als glückliche Fügung bezeichnen, daß Bundesrat Max Petitpierre als hochverdienter Exponent der offiziellen schweizerischen Integrationspolitik in Dr. Hans Schaffner einen Nachfolger fand, der als Mitschöpfer des EFTA-Vertrags mit dem ganzen Fragenkomplex von Grund auf vertraut ist und damit Gewähr für die notwendige Kontinuität in der schweizerischen Interessensvertretung bietet. Seine Aufgabe wird nicht leicht sein. Er wird der entscheidungswilligen Entschlossenheit, die ihn bisher ausgezeichnet hat, ebensosehr bedürfen wie des taktischen Geschicks, über das er in hohem Maße verfügt. Er wird aber auch auf eine Unterstützung durch das Volk angewiesen sein, die sich nicht in unverbindlichem Wohlwollen erschöpfen darf. «In einer Welt wie der unsrigen, in der alles in Bewegung ist, in der Wissenschaft, in der Technik, in der Politik und Wirtschaft, muß ein Land, das fortbestehen und seine Eigenständigkeit bewahren will, auch zu den nötigen Opfern bereit sein, wenn es nicht von außen überholt werden will.» Diese Worte Bundesrat Petitpieres gilt es zu beherzigen. Bedenkt man aber, daß es das Schweizervolk gerade in Zeiten der Not und Bewährung nie an der nötigen Opferbereitschaft hat fehlen lassen, so ist man geneigt, den kommenden Belastungsproben nicht ohne Zuversicht entgegenzusehen.

Freundnachbarliche Gespräche

Wenn das politische Leben unseres Landes in den letzten Wochen vorwiegend im Zeichen der Außenpolitik stand, so liegt dies nicht allein an den Integrationsgesprächen und dem Wechsel im Politischen Departement

ment. Der Staatsbesuch Bundespräsident Lübkes in der Schweiz trug ebenfalls dazu bei, weil er der schweizerischen Öffentlichkeit willkommenen Anlaß bot, ihr Verhältnis zum nördlichen Nachbar zu überprüfen. Der herzliche Empfang des deutschen Staatsoberhauptes durch Regierung und Bevölkerung zeigte, daß sich eine Beziehung, die im Lauf der Zeit vielfach schwer belastet war, langsam normalisiert.

Die Freude der Deutschen über die Welle der Sympathie, die Bundespräsident Lübke entgegenschlug, wurde allerdings unmittelbar danach etwas beeinträchtigt durch den Verlauf eines «Deutsch-schweizerischen Gesprächs» in Konstanz, das anfangs Juli gegen zweihundert Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammenführte. Dabei zeigte es sich nämlich, daß das tiefverwurzelte Mißtrauen der Angehörigen des schweizerischen Kleinstaats gegenüber der ehemaligen europäischen Großmacht noch keineswegs völlig abgebaut ist. Der Bundesrepublik ist zweierlei in hohem Maß gelungen. Sie hat im Kielwasser der weltwirtschaftlichen Konjunktur aus einem wüsten Trümmerhaufen im Rekordtempo einen neuen Wirtschaftsapparat erstehen lassen, dessen Leistungsfähigkeit die kühnsten Erwartungen übertrifft. Der junge Staat hat es aber auch fertiggebracht, durch eine überraschend schnelle innenpolitische Stabilisierung und durch das entschiedene, mit Taten erhärtete Bekenntnis zum Westen ein Gutteil jenes Vertrauens zurückzugewinnen, das Hitler mit seinen politischen Phantastereien in verantwortungsloser Weise verscherzt und verspielt hatte.

Die berechnete Achtung vor diesen bewundernswerten Leistungen ließ indessen das Schweizervolk nicht einfach alles vergessen. Dazu haben die Ereignisse der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, aber auch das natürliche Mißtrauen des Kleinen gegenüber dem Großen zu tiefe Spuren hinterlassen. In Konstanz trat außerdem deutlich zutage, daß eine Diskrepanz zwischen dem deutschen Selbstverständnis und den Empfindungen der Umwelt besteht. Die Bundesrepublik mag sich als Rumpfstaat fühlen — für die engere und weitere Umgebung bleibt sie weiterhin eine

dynamische Kraft, deren künftige Entfaltung nach den Erfahrungen der Vergangenheit mit zurückhaltender Wachsamkeit verfolgt wird. Außerdem liegen mit der Teilung Deutschlands objektive Faktoren vor, die den Keim zu verhängnisvollen Verwicklungen in sich bergen können. Wer noch die gespannte Atmosphäre der dreißiger und vierziger Jahre in Erinnerung hat, der wird indessen schon die Tatsache, daß heute über diese Dinge mit freundschaftlicher Offenheit gesprochen werden kann, als höchst erfreulichen Fortschritt verbuchen.

Ein unlösbares Dilemma

Der rasche Wandel und Fluß der Dinge bringt nicht nur in außenpolitischer Hinsicht neue und schwierige Probleme. Auch innenpolitisch ist die kleinstaatliche Demokratie durch die wirtschaftliche Entwicklung mancher Belastung ausgesetzt. Die soziale Struktur ist in Bewegung geraten und in Umschichtung begriffen. Das Bauerntum, der einstmals stolze und unbestrittene Träger des freien Staatswesens, schrumpft nicht nur zahlenmäßig rasch zusammen, sondern es wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil auch seinem Charakter nach pervertiert. Denn ausgerechnet jene Schicht, in der das Gedankengut von Freiheit und Selbstbestimmung von jeher besonders tief verwurzelt war, ist nun in hohem Maß auf die direkte und indirekte Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen.

Die groteske Widersprüchlichkeit dieser Situation trat kürzlich besonders grell ins Licht, als die Walliser Regierung anfangs Juni unrechtmäßig gepflanzte Reben durch eine Überraschungsaktion gewaltsam vernichten ließ. Die Reaktion war zunächst nicht nur im Wallis sehr zwiespältig. War es wirklich nötig gewesen, lebende Pflanzen zu zerstören, die bereits Frucht zu tragen begannen? Hatten diese Rebbauern nicht außerdem das Recht, auf ihrem eigenen Grund und Boden zu tun, was sie für gut fanden?

Die fast unaufhebbare Paradoxie liegt darin, daß die Bauern durch ihr willkürliches Vorgehen unter Berufung auf die Selbstbestimmung ausgerechnet gegen jene behörd-

lichen Anordnungen verstoßen haben, die gerade zum Schutz des Weinbaus in Kraft gesetzt worden sind. Mit der Annahme der staatlichen Unterstützung haben die Rebauern nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten übernommen. Die Mißachtung dieser Pflichten stellte einen offenen Rechtsbruch dar, der unter keinen Umständen geduldet werden durfte. Denn die Funktionsfähigkeit und Lebenskraft der Demokratie hängt nicht nur vom gesunden Willen zur Selbstbestimmung, sondern ebenso sehr von der Achtung der Bürger vor den Einrichtungen des Rechtsstaats ab. So betrachtet, hatte die Walliser Regierung gar keine andere Wahl.

Wenn trotzdem ein Unbehagen bestehen bleibt, so ist es in einer im ganzen unbehaglichen Situation begründet. Es besteht eine Art *Circulus vitiosus*. Die Erhaltung eines möglichst gesunden Bauernstandes ist und bleibt eine unbestrittene staatspolitische Notwendigkeit. Sie ist aber aus objektiven Gründen nur mit Hilfe einer breitangelegten Subventionspolitik möglich, die ihrem Wesen nach dem freiheitlichen Geist des Bauern widerspricht und damit immer problematisch bleiben wird. Das Dilemma ist praktisch unlösbar. Und doch bleibt es uns aufgegeben, ständig um bestmögliche Lösungen zu ringen.

UN ANCIEN CONSEILLER FÉDÉRAL INTERROGE LA JEUNESSE

Lettre de Suisse romande

M. Rubattel, ancien conseiller fédéral, consacre à l'étude une retraite qu'il a prise à un âge où toutes les forces de l'esprit demeurent disponibles. Tous les problèmes qui concernent la patrie, en particulier, le passionnent, et nous lisons souvent dans nos quotidiens les sages réflexions qu'il consacre à l'actualité. Sans jouer au donneur de bons conseils, il s'efforce d'éclairer notre chemin. Ses remarques sont toujours pertinentes.

Il y a quelques mois, paraissait sous sa signature un petit livre dont l'intérêt ne s'épuisera pas de si tôt: *Les jeunes Suisses face aux problèmes nationaux*¹. C'est le résultat d'une enquête menée avec beaucoup de méthode auprès de quelques centaines de jeunes gens des deux sexes, dans nos cinq cantons romands. Il faut souligner cette restriction. Ce n'est pas la Suisse entière qui s'exprime dans les réponses dont l'enquêteur nous confie la synthèse mais bien les Suisses romands. Je pense que, de l'autre côté de la Sarine, le résultat de ces sondages eût été assez différent.

Il n'en reste pas moins que cette prise de température, pour être limitée, est significative. Ajoutons que les questionnaires furent adressés à des étudiants, à des ouvriers syndi-

qués, à de jeunes fonctionnaires et employés des C. F. F. et P. T. T., à des agriculteurs, infirmières, membres du personnel enseignant. L'ambition de M. Rubattel était d'atteindre autant que possible tous les milieux.

On le sait, ceux qui se taisent, qui ne répondent pas aux questions qu'on leur pose, ne sont pas toujours ceux qui pensent le moins. Notre peuple — bien que les Romands aient la réputation d'être bavards — ne s'exprime pas volontiers. Les paysans, en particulier, sont méfiants. Ils se demandent toujours si ce qu'ils vont dire ne va pas se retourner contre eux. . . Toute enquête vaut donc ce qu'elle vaut. Celle-ci, on le répète, n'en est pas moins suggestive.

Les questions posées étaient au nombre de sept. L'ancien haut magistrat désirait savoir d'abord ce que la jeunesse pense de la démocratie. On comprend ce souci. Les bouleversements mondiaux dont la génération qui nous suit fut la particulière victime peuvent remettre en question ce que les «vieux» considéraient comme intouchable. La jeunesse n'est-elle pas tentée de donner raison à ces gouvernements autoritaires qui décident de tout à une cadence foudroyante? Eh bien! non, la grande majorité des réponses est favorable à un système qui nous a

¹ A la Baconnière.

épargné, depuis si longtemps, toute aventure. Un typographe résume l'opinion de beaucoup de ses contemporains: «Je suis fier d'être Suisse et d'être bien dirigé.» Presque tous apprécient la liberté dont ils jouissent, la stabilité de nos institutions, les avantages de notre neutralité.

Presque tous, aussi, néanmoins, formulent des réserves et c'est bon signe. Les jeunes citoyens réfléchissent et s'inquiètent, en particulier, de la désaffection des urnes. Ils regrettent une somnolence qui s'en remet aux partis, à l'Etat, de décider de tout. De là à mettre en cause l'éducation civique que l'on donne à nos enfants, il n'y a qu'un pas. Et cette vue des choses nous semble perspicace. Nos collègues, en particulier, ne sont-ils pas ouverts bien davantage à l'histoire de France qu'à l'histoire nationale et une certaine forme de notre «humanisme» ne néglige-t-elle pas singulièrement tout ce qui viserait à former d'abord de bons Suisses?

D'autres critiques visent l'éparpillement des responsabilités. Notre système divise les compétences à l'infini. Une trop lourde bureaucratie donne à l'électeur le sentiment que, quoiqu'il fasse, l'administration décidera selon son bon vouloir. A quoi bon aller voter si les résultats de la volonté populaire ne sont pas pris en considération?

«Le régime vieillit; l'énergie et l'imagination lui font défaut», écrit un étudiant neuchâtelois. Et les partis en prennent pour leur grade de la tyrannie qu'ils exercent sur la libre détermination populaire. Nous l'avons tous pensé à l'heure où nous assistions aux premières assemblées... Le mal est que l'on ne voit pas bien par quoi remplacer les partis. Parce que les groupements économiques et les organisations professionnelles qui tentent de se substituer à eux ne font pas mieux qu'eux, au contraire, leurs intérêts étant encore plus délimités. Un ouvrier neuchâtelois constate: «Le citoyen, mal préparé aux problèmes qui lui sont soumis, vote selon les mots d'ordre de grandes associations qui tendent à devenir le véritable souverain. Le citoyen a l'impression d'être de plus en plus irresponsable.»

La deuxième question avait trait à notre neutralité. Se justifie-t-elle encore aujourd'hui?

Peut-elle être conçue de manière nouvelle? Une tradition aussi fondamentale rencontre-t-elle encore la faveur de la jeunesse?

A n'en pas douter, répond M. Rubattel, après avoir dépouillé les nombreuses réponses qui lui sont parvenues. Et il s'étonne d'une fidélité qui tient assez peu compte des contextes mondiaux dans lesquels nous sommes, que nous le voulions ou non, impliqués. C'est que la pensée de Montaigne: «Il ne faut pas se mêler des affaires des grands» semblent conduire la pensée de bien des jeunes. N'est-ce pas là une fuite devant l'effort d'adaptation que nous devons faire au risque de nous laisser glisser hors de notre temps? Pouvons-nous supposer encore que notre rôle de bon Samaritain, en cas de conflit généralisé, suffira à nous préserver de tout dommage?

Un certain nombre des correspondants de notre enquêteur ne pêchent pas, en revanche, par excès de traditionalisme. «La neutralité... se rapproche de la lâcheté...» écrit avec fougue un fonctionnaire valaisan. «Il n'y a plus de neutralité possible au moment de la mise en valeur de l'énergie nucléaire et de la lutte de peuples entiers pour leur existence et leur liberté...» consigne un Fribourgeois. «Je pense que la neutralité suisse doit céder le pas à la solidarité occidentale...» précise un étudiant vaudois. «Il serait beaucoup préférable que la Suisse adhère complètement au bloc occidental et prenne une fois pour toutes position au lieu de manger à tous les râteliers...» C'est encore une opinion vaudoise, tandis qu'un jeune patron genevois confirme: «Avons-nous le droit de sous-entendre ,esprit européen' d'une part, et ,suisse' de l'autre, nous qui sommes justement au centre de l'Europe? N'est-ce pas, peut-être, notre nouvelle tâche, maintenant que l'unité de la Suisse est bien établie, de prendre la tête de l'unification ,mentale' de l'Europe?...»

Qu'il faille penser «Europe», c'est l'opinion de plusieurs. Nous le devons aussi bien dans notre intérêt que dans l'intérêt d'autrui à qui nous avons à faire part d'une expérience valable. Les uns s'en tiennent néanmoins à une intégration économique. Les autres voudraient nous voir entrer dans l'O.T.A.N.

Les uns sont Européens par générosité; les autres le sont par peur de notre isolement militaire. Les Etats-Unis d'Europe ne font plus de doute pour les uns; ils ne sont que chimères pour les autres. Il n'en reste pas moins que ces divergences d'opinions montrent, comme le fait remarquer M. Rubattel, que la neutralité n'est plus «tabou», qu'on ose la discuter librement. C'est un point qu'il faut retenir.

La troisième question demandait à notre jeunesse ce qu'elle pense de notre défense nationale et des dépenses militaires. Fallait-il s'attendre à une levée de boucliers contre notre armée, ce que pouvait laisser croire une certaine *initiative* d'il y a quelques années? Crainte vaine: il n'est presque pas de voix discordante en ce qui concerne la volonté de chacun de défendre le territoire helvétique.

Il va sans dire que les réponses sont plus nuancées dès qu'il s'agit d'évaluer les moyens de cette défense. La jeunesse préfère le particulier au général et les aventures du P 16, par exemple, ont plus d'influence sur son jugement que les considérations stratégiques. Un soldat qui aura constaté quelque dilapidation de matériel à son école de recrues croira volontiers que l'on peut réduire au moins de moitié le budget du département de M. Chaudet. C'est dans l'ordre des choses. Dans l'ensemble, néanmoins, nos héritiers semblent penser, avec un instituteur vaudois, qu'«une rupture de l'unité nationale, une invasion, coûteraient davantage» que ne nous coûte notre armée. Un fonctionnaire fribourgeois ne craint pas de se prononcer sur la doctrine qui doit régir toutes nos études en matière stratégique: «Une armée *condamnée à la défensive* peut-elle être efficace?» Et nous voici incités à «pratiquer l'offensive même au-delà des frontières, si la situation l'exige...». Des solutions de ce genre ont été envisagées, dans des cours opératifs. Les arbitres souriaient...

«...il me semble que l'on pourrait limiter les dépenses dans beaucoup de secteurs, sans pour cela nuire à la modernisation. C'est l'avis aussi de beaucoup de citoyens de ma contrée» affirme un agriculteur vaudois. Et la cavalerie? cher paysan du Gros de Vaud... Plus sages sont ces nombreux correspondants qui s'étonnent que les Chambres fédérales

s'occupent des calibres des canons ou des types d'avions... Cordonnier... Mais c'est qu'un cheminot valaisan déclare que «nos militaires ont la folie des grandeurs et que nous ne saurions plus avoir confiance en eux, après l'histoire des fortins, après l'histoire des Centurions...». Alors, ne vaut-il pas mieux s'occuper des pays sous-développés, comme l'insinue un étudiant neuchâtelois?

Mais, il faut le répéter, dans l'ensemble, et presque sans restriction, la jeunesse, si on la juge d'après cette enquête, reste fermement attachée à notre armée et se déclare prête à défendre la terre maternelle.

Quelle est son attitude face au christianisme? C'est l'objet de la quatrième question. A-t-il été remplacé par la Science, comme on le croyait volontiers au siècle dernier? Par le sport, comme on pourrait l'imaginer aujourd'hui? Par quelque *Isme* nouveau-venu sur la planète? Les réponses, ici encore, note M. Rubattel, nous donnent confiance en l'avenir. «L'essentiel est *relativement* sauf», note-t-il. Il faut néanmoins souligner cet adverbe.

Certains ne cachent pas leur révolte. Tel cet instituteur vaudois qui déclare: «Les valeurs dites chrétiennes, sont coupées de leurs vraies racines. Le christianisme, pour finir, est une espèce de conception assez méprisable qui n'a rien à voir avec le Christ.» Et de citer le colonialisme, le racisme, la morale de l'argent, à l'appui de son dégoût. Un cheminot valaisan l'approuve qui affirme: «Depuis la fin du moyen âge, le christianisme est à la traîne. Il a été servi à toutes les sauces, beaucoup plus en paroles, sermons et discours qu'en faits.» Qui lui prouvera le contraire? Le plus grand scandale du christianisme, nous savons bien que ce sont les chrétiens.

Néanmoins, l'enquêteur nous rassure: on ne saurait parler de *déchristianisation*. Chacun demande seulement une adaptation des «pratiques» dans un monde dont toutes les habitudes de vie changent d'un jour à l'autre. Et presque tous de souhaiter que cesse la division des Eglises...

Les trois dernières questions sont moins essentielles. La cinquième, qui a trait aux institutions sociales du pays, était, dans une certaine mesure, liée à la première, qui demandait un jugement d'ensemble sur notre

démocratie. La sixième interroge les correspondants sur leurs distractions préférées. Un professeur trouvera dans ces réponses des indications extrêmement éclairantes. Enfin, la septième pose la question du bonheur... Soulignons seulement en passant cette merveilleuse déclaration d'un vigneron vaudois: Je suis heureux «car j'ai la chance d'avoir le plus beau des métiers...».

En définitive, M. Rubattel se déclare, avec nuances, confiant dans l'avenir. Sans doute, tout ne va pas pour le mieux dans la Suisse la plus idéale et notre jeunesse ne semble pas faire preuve d'une immense curiosité intellectuelle. Elle est plus pratique que spéculative, plus intéressée qu'idéaliste, plus calculatrice que sentimentale. Mais elle reste attachée, pour l'essentiel, à la civilisation qui a été la nôtre. D'autre part, elle cherche la justice sociale avec droiture. Moins confort-

miste que la nôtre, la nouvelle génération, si elle est guettée par l'aventure, a du moins l'excuse d'habiter un monde qui lui donne sans cesse l'exemple du déséquilibre. Et ce monde, c'est bien nous qui l'avons fait.

«Jeunesse mobile et voyageuse, ignorante des nuances, confondant souvent brutalité et loyauté, dégagée dans une large mesure des traditions qui nous encadraient, (elle) est, à certains égards, *disponible* pour le meilleur et pour le pire...» Mais la *disponibilité* n'était-elle pas le précepte de quelques-uns de nos maîtres? Qu'irions-nous reprocher à nos fils d'écouter la voix de ceux qui les ont précédés?

De toute manière, voici un petit livre qu'il faut lire. Parce que chacune de ses lignes nous semble contenir le reflet, au moins, d'une vérité.

Maurice Zermatten

DIE MEISTERUNG DER DYNAMIK

X. Sommertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum auf dem Seelisberg

Die andauernde schwunghafte Entwicklung der modernen Wirtschaft, deren materielle Auswirkungen überall gerne akzeptiert werden, flößen doch dem Menschen heute vielfach ein Unbehagen ein. Er sieht sich etwas hilflos einem scheinbar nicht durchschaubaren und damit nicht beherrschbaren Phänomen gegenüber, einer Kraft, die ihn zwar gegenwärtig trägt und ihm Wohlstand bringt, die ihn aber in ein Unbekanntes mitreißt und deren Stärke und Dauer er mißtraut.

Die VfU, die eine ihrer vornehmsten Aufgaben in der Erarbeitung einer grundsätzlichen Haltung gegenüber den heutigen Zeitströmen sieht, hatte sich deshalb zu Recht die Aufgabe gestellt, in ihrer Sommertagung die Fragwürdigkeit der heutigen dynamischen Wirtschaft etwas zu durchleuchten. In der Einladung — der erfreulich viele VfU-Freunde folgten — war auf die Frage hingewiesen worden, die Bundespräsident Wahlen in seiner Mustermesse-Rede aufgeworfen hat: «Ist es sinnvoll, eine Wirtschaft

aufzubauen, die sich nur unter Beizug einer Zahl von fremden Arbeitskräften aufrechterhalten läßt, die schon heute einen Fünftel aller Beschäftigten ausmacht?» Ist es, mit anderen Worten, vertretbar, sich der drängenden Hochkonjunktur einfach hinzugeben, sie zu schüren, ohne ein Ziel, einen Sinn zu sehen?

Tagungsleiter *H. G. Stokar*, Zürich, griff diese Frage in seiner Begrüßung der Teilnehmer auf. Ist es richtig, einfach einen hohen Lebensstandard anzustreben im Glauben, dieser wecke dann von selbst die kulturellen Werte? Liegt die Hauptgefahr heute wirklich beim Kommunismus und nicht vielmehr in jenem Materialismus, dem die westliche Welt mehr und mehr zu verfallen droht? Steht der Mensch heute nicht im Begriff, zum «homo oeconomicus» zu werden, der das Geistige verkümmern läßt?

In einem als Exposition gedachten, sehr anregenden Forumgespräch vereinigten sich die Herren Dr. *H. Feblmann*, Schöffland,

G. Friedländer, Zürich, Dr. E. Meili, Männedorf, und Dr. C. Oechslin, Schaffhausen, unter der Leitung von Dr. M. U. Rapold, Schaffhausen. Wir alle unterliegen, ob wir wollen oder nicht, dem Wirken der Dynamik. Dürfen wir uns aber treiben lassen? Wenn wir das Rad der Entwicklung nicht zurückdrehen können, sollen wir einfach zu bremsen versuchen? Wir haben die Dynamik als Realität anzuerkennen, als ein Neues, das nicht an Bildern der Vergangenheit beurteilt werden kann. Die Welt wandelt sich aus einer «geschöpften» in eine «gemachte», in eine «zu machende», in die wir unsere Sinngebung hineinbringen müssen. Wir müssen die Dynamik innerlich bejahen. Ihre Meisterung ist ein Problem des Bewußtseins.

Dr. Herbert Groß, Düsseldorf, zeichnete in seinem Referat über «Entwicklungslinien der Weltwirtschaft aus europäischer Sicht» ein aufrüttelndes Bild der Zukunft. Man rechnet zum Beispiel für Deutschland innerhalb der nächsten 10—13 Jahre mit einer Verdoppelung des Sozialproduktes bei leichtem Rückgang der Arbeitskräfte und geringer Verbraucherzunahme. Diese Entwicklung wird auch in anderen Ländern parallel gehen. Welcher Aufruf an die Absatz- und Rationalisierungsphantasie der Unternehmer!

Einzelne Märkte beleuchtend meinte Dr. Groß mit Bestimmtheit, daß *EWG* und *EFTA* eine Assoziierungsform finden werden. Der europäische Unternehmer muß nun lernen, sich auf einem großen Markt zu behaupten. Er wird seinen Produktionskatalog beschränken, um dafür optimale Serien herzustellen. Sein früherer Konkurrent wird sein «Ergänzer» sein. Der kleine Unternehmer wird seine Chance haben, wenn er das «Verbund»-Denken lernt — Absatzverbund, Lieferverbund, Vertriebsverbund, Beratungsverbund.

In den *USA* hat man erkannt, daß das Geistkapital dem Sachkapital als ebenbürtig zur Seite gestellt werden muß. Die ungeheuren Summen, die man dort für Forschung und Schulung ausgibt und auszugeben plant, werden sich bezahlt machen. Wir werden eine riesige Exportoffensive der *USA* erleben. Man darf sich von den Rezessionen

nicht täuschen lassen: hier hat sich der Wirtschaftsaufschwung lediglich periodisch etwas verlangsamt.

Unsere erste Aufgabe in den *unterentwickelten Ländern* heißt: Schulung. Wir müssen zuerst Geistkapital exportieren, damit dort Menschen sind, die mit unserem Sachkapital etwas anfangen können. Es sollte heute zum guten Ton gehören, daß der Unternehmer in einem Entwicklungsland einen Patenbetrieb hat. Wir müssen in diesen Ländern jene Haltung einnehmen, die es den dortigen Menschen ermöglicht, sich mit unserem Wirtschaftssystem zu identifizieren.

Aus der lebhaften Diskussion, die dem Vortrag folgte, möchten wir noch ein Wort von Dr. Groß herausgreifen: «Wir müssen es uns zur Aufgabe machen, ein gut funktionierendes Wirtschaftssystem mit der Moral in Einklang zu bringen; wir dürfen nicht glauben, die Moral habe nur in einem kranken System Platz.»

Vielfach ähnlichen Gedankengängen folgte Dr. Fritz Hummler, Delegierter für Arbeitsbeschaffung, in seinem Vortrag über «Sinnvolle Arbeit in der heutigen Wirtschaft». Die Schweiz ist für die wirtschaftliche Entwicklung gut gerüstet. Wir hatten das Glück, von Kriegen verschont zu bleiben. Unsere gegenwärtige Lage ist aber auch die Frucht unseres Fleißes, der Hochachtung des Qualitätsprinzips und eines sinnvollen Sparens unserer Väter. Heute haben wir das Qualitätsmonopol verloren. Unter höchster Anspannung von Forschung und Entwicklung müssen wir uns deshalb immer weiter spezialisieren. Wir müssen als Gebende und Nehmende eine geistige Zentrale werden. Und wir müssen noch viel mehr zusammenarbeiten. Beharren wir nicht auf dem Alten, verzichten wir auf vieles, was nicht typisch schweizerische Arbeit ist. Es ist besser, Halb- oder Teilfabrikate aus dem Ausland zu importieren, als fremde Arbeitskräfte anzuwerben. Vor der Zukunft sollen wir weder illusionäre Angst haben noch illusionäre Hoffnungen hegen. Als exportgerichtetes Land befinden wir uns schon lange im Zeitalter der Integration. Was wir heute brauchen sind Forscher, Entwickler und qualifizierte Arbeiter, die die typische Forschung in

typische Schweizerprodukte umzuwandeln verstehen.

Zu einem großen Erlebnis wurde die Begegnung mit Pastor Dr. *Johannes Doebring* von der Evangelischen Akademie Loccum. Er sprach über das Thema «Der Mensch und die dynamischen Kräfte». Unsere Zeit fordert das Sehen und Bejahen der Dynamik. Überall entdecken wir heute das Ende der Objektivität. Die Physik lehrt uns, daß der subjektive Einsatz über das objektive Resultat entscheidet. Überall sind damit Form- und Gestaltungswille des Menschen angesprochen, überall wird ihm zugerufen: «Stelle dich, entscheide dich, werde Subjekt!» Die wirkliche Dynamik liegt im Zwang zur geistigen Bewältigung der Welt. Der Philosoph Berdjajew sagt geradezu: «Die Welt, das Universum gibt es nur durch mich.» Diese Aufgabe kann der Mensch aber nicht als «Robinson» vollziehen. Der wirkliche Mensch, es sind immer zwei. Auch die Führung ist ein Teil eines partnerschaftlichen Verhältnisses, das den Führer mit dem Geführten verbindet. Die Freiheit liegt darin, einem Du zu dienen.

Der Fortschritt, in den wir hineingesteuert sind, wird nie mehr stillstehen. Wir sind zur totalen Mobilität durchgestoßen, hinter der sich keine neue Stabilität verbirgt. Die Dynamik ist kein Übergang zwischen zwei «Festländern», es ist die neue Lebensform selbst. Nie mehr werden wir Sicherheit genießen können. Diese Dynamik wird niemandem erspart bleiben, vor allem auch den Jungen nicht. Das wird viel Leid kosten. Wir werden es tragen müssen, wir dürfen die Ängste nicht verdrängen.

Die Welt in ihrer Veränderung erfordert den ganzen Menschen; die Welt wird, was der Mensch ist. Er muß aufhören, sich als

Vollender einer Vergangenheit zu sehen, er muß Gestalter der Zukunft, er muß Utopist werden. Der Geist der Utopie ist es, der die Utopie überwindet. Weil die christliche Welt jahrhundertlang ihren Blick nach rückwärts gewandt hatte, konnte eine Pseudo-Utopie, konnte der Marxismus entstehen.

Der Wirtschaftsbereich wird heute mehr und mehr Grundlage aller geistigen und politischen Fragen. Für den Unternehmer gilt deshalb ganz besonders: «Sei für das Morgen offen! Wahre über allem kaufmännischen und technischen Wissen den Blick für das Ganze! Trage eine kraftvoll angestrebte gesellschaftliche Verantwortung! Nimm das Wort «Integration» ernst! Die Führungsschicht der dynamischen Welt muß sich aus den Besten zusammensetzen. Der Chef muß aber auch die Mündigkeit seiner Untergebenen wollen. Neben den Befehl soll das Gespräch treten. Und schließlich muß der Unternehmer in das politische Feld vordringen. Alles ist umspinnen vom Netz der «öffentlichen Meinung». Will der Unternehmer Mücke oder Spinne sein?

Den dankbar aufgenommenen Vorträgen folgten Diskussionen, die erkennen ließen, wie sehr die Problematik der heutigen Dynamik die Gedanken bewegt. Auch die nachmittäglichen und abendlichen Gespräche in der Abgeschiedenheit des schönen Seelisberg kreisten immer wieder um dieses Thema.

Dankbar aber muß man auch der VfU sein, die immer wieder Menschen aufzuspüren weiß, die wirklich etwas zu sagen haben, die aufzurütteln suchen mit Gedanken, von denen zu hoffen ist, sie vermöchten in den Alltag jedes einzelnen hineinzustrahlen.

Walter Rapold

DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONZEPTION DER REGIERUNG KENNEDY

Als Anfang 1961 John F. Kennedy den amerikanischen Präsidentenstuhl bestieg, setzte in bezug auf die wirtschaftspolitische Konzeption der neuen Regierung ein Rätselraten ein. In Europa und speziell in der Schweiz interessiert man sich unter anderm vor allem für zwei Fragen:

- In welcher Weise wird die neue Regierung versuchen, das Zahlungsbilanzdefizit zu bekämpfen?
- Wie wird sich die neue Regierung zum europäischen Integrationskonflikt verhalten?

Das *Europa-Archiv* hat verschiedene Dokumente, die für das Regierungsprogramm Kennedys von Bedeutung sind, in deutscher Übersetzung — zum Teil in extenso, zum Teil auszugsweise — publiziert¹. Es handelt sich um folgende Botschaften: 2. Februar 1961 (Wirtschaftsprogramm der USA), 6. Februar 1961 (Zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz), 14. März 1961 (Hilfsprogramm der USA für Lateinamerika), 22. März 1961 (Auslandshilfeprogramm) und 24. März 1961 (Empfehlungen für das Budget der USA). *Joachim Willmann* hat diesen Dokumenten einen erläuternden Aufsatz über die wirtschaftspolitische Konzeption der Regierung Kennedys vorausgeschickt.

Was das *Zahlungsbilanzdefizit* betrifft, so fällt zunächst vorteilhaft auf, daß der neue Präsident nicht etwa versucht, dafür in einseitiger Weise die weltweiten Lasten Amerikas für die militärische Sicherheit und die Entwicklungshilfe verantwortlich zu machen. Sie gehören zu den selbstverständlichen Pflichten der Nation, welche mit Recht die führende Stellung der freien Welt beansprucht. Die Frage ist nur, bis zu welchem Grade die Partnerstaaten, vor allem Westeuropas, zu vermehrter Solidarität bei der Finanzierung dieser Lasten beigezogen werden sollen. Wie ein roter Faden ist dieser Ge-

¹ Halbmonatsschrift der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, 16. Jahrgang, 25. April 1961, Folge 8.

danke durch sämtliche Proklamationen der neuen amerikanischen Regierung hindurch zu verfolgen.

Das Anwachsen des Zahlungsbilanzdefizites in den Jahren 1958 und 1959 wird von Kennedy in erster Linie darauf zurückgeführt, daß die Exporte bei steigenden Importen nachließen. Für 1960, als die amerikanischen Exporte um über drei Milliarden Dollar wuchsen, wird die starke Auslandsbewegung von kurzfristigem Kapital verantwortlich gemacht. Als Aktionsprogramm schlägt Kennedy zwei Gruppen von Maßnahmen vor. Der erste Teil zeigt Maßnahmen auf, welche das Problem der langfristigen Anforderungen erleichtern sollten: Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere des Internationalen Währungsfonds); Ermöglichung besonderer Zinssätze, um Dollarguthaben ausländischer Regierungen und Währungsbehörden anzuziehen und solche zu halten, die sonst in Gold konvertiert werden könnten; Verbot der Goldhortung von Amerikanern im Ausland, wobei die noch von der Regierung Eisenhower erlassenen Vorkehrungen aufrechterhalten bleiben sollen. Die Maßnahmen im zweiten Teil sind darauf angelegt, das Defizit aus den laufenden Transaktionen zu verringern. Es werden beispielsweise erwähnt: verschiedene Maßnahmen der Exportförderung, Förderung des ausländischen Tourismus in den USA, Förderung ausländischer Investitionen in den USA, Bekämpfung der Steuerflucht durch Besteuerung amerikanischer Investitionen im Ausland, Abbau der Zollfreigrenzen für zurückkehrende amerikanische Touristen, vermehrte Beteiligung der westlichen Alliierten bei der Entwicklungshilfe. Andererseits wird in der Zahlungsbilanzbotschaft klargestellt, daß ein vermehrter Protektionismus beim Import keine Lösung wäre.

Der *europäischen Wirtschaftsintegration* ist keine gesonderte Botschaft gewidmet. Die Zahlungsbilanzbotschaft und die Botschaft über die Entwicklungshilfe erwähnen dieses Problem nur am Rande, im Zusammenhang

mit dem Beitritt Amerikas zur OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), welche die rein europäisch orientierte OECE (Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) abgelöst hat. Die Regierung Kennedy scheint in der OECD vor allem ein Instrument zu erblicken, die Industriestaaten des Westens zu vereinen, um den Entwicklungsnationen der freien Welt zu einem stärkeren Wachstum zu verhelfen. Vom Gedanken, daß die OECD auch einen wichtigen Beitrag in bezug auf die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen unter den westlichen Industriestaaten spielen könnte, wenn man sie nur nach dem Muster der OECE mit handelspolitischen Kompetenzen ausstattete, scheint die amerikanische Regierung nicht angekränkt zu sein. Dies geht klar hervor aus dem, was in den Botschaften Kennedys — *nicht* geschrieben steht.

Die Botschaften Kennedys zeichnen sich durch gewandte Formulierungen aus. Sie zeigen, daß der Präsident von einer intellektuell orientierten Equipe umgeben ist, welche die Gabe besitzt, schwierige Probleme zu erkennen und der Öffentlichkeit näherzubringen. So legt die Botschaft zum «Wirtschaftsprogramm» beispielsweise besonders Gewicht auf die seit Jahren ungenügende *Investitionstätigkeit*. Dieser Mangel hat in der Tat dazu geführt, daß im Vergleich zu den Industrieländern Westeuropas (vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens) das «Wachstum» der amerikanischen Wirtschaft zurückgeblieben ist. Ein besonders in der Zahlungsbilanzbotschaft enthaltenes Anliegen Kennedys, mit dem sich der Präsident nicht überall populär machen dürfte, ist sodann die *Stabilisierung der Löhne und Preise*. Mit Recht hebt Joachim Willmann diesen Punkt auch in seinem Kommentar besonders hervor: Von einem Erfolg der Wirtschaftspolitik Kennedys könnte nur dann gesprochen werden, wenn es dem Präsidenten gelänge, die beabsichtigte beschleunigte Expansion bei einigermaßen stabilem Lohn- und Preisniveau zu erreichen. Dies ist zweifellos — wie Willmann betont — zugleich die *Conditio sine qua non* für die langfristige Lösung der Zah-

lungsbilanzschwierigkeiten. Das Gelingen dieser Politik wird aber weitgehend davon abhängen, in welchem Ausmaß die Sozialpartner in den USA bereit sein werden, Disziplin in ihren Lohn- und Preisforderungen zu halten. Die wenig ermutigenden Erfahrungen, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs gesammelt wurden, zeigen die großen Gefahren, die der Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms von dieser Seite her drohen.

Nach der allgemeinen Begeisterung, die beim Regierungsantritt des jugendlichen Präsidenten herrschte, ist in der amerikanischen Öffentlichkeit — wie könnte es anders sein — nunmehr eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Werden den hochgesinnten und klugen Worten Taten folgen? Dies steht nicht allein in der Macht des Präsidenten und seiner Equipe im Weißen Haus. Das Gelingen hängt weitgehend davon ab, ob das amerikanische Parlament es wagen wird, der Kennedy-Administration auch auf unbequemen Wegen zu folgen. Es dürfte nun eine Reihe weiterer Botschaften an den Kongreß folgen, um die praktische Ausführung der mehr allgemein gefaßten ersten Proklamationen zu bringen. Ein Vorläufer dieser zweiten Serie, bei der es um mehr gehen wird als um die bloße Propagierung allgemeiner Grundsätze, ist die Botschaft vom 20. April 1961 über die Revision der amerikanischen Steuern². Das Schicksal dieser Gesetzesvorlage, die eine Weiterentwicklung der allgemeinen Budgetbotschaft darstellt, hat besonders in unserem Land, als Domizil von mehr als 500 Amerikanerfirmen, Aufsehen erregt, befaßt sie sich doch unter anderm ausdrücklich mit dem «unjustifiable use of tax havens such as Switzerland». Das Beispiel zeigt, daß die Taten Kennedys, wenn sie erfolgreich sein sollen, zu Maßnahmen führen könnten, die zum Teil auch außerhalb Amerikas nicht überall Anklang finden werden.

Bernhard Webrli

² In der Publikation des Europa-Archivs noch nicht berücksichtigt.

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

In der aus organisatorischen Gründen ausnahmsweise auf vier Monate (März bis einschließl. Juni 1961) erweiterten Berichtsperiode haben neben den Kommentaren zu der Zusammenkunft Kennedys mit Chruschtschew in Wien zwei Begebenheiten den Wirtschaftszeitschriften ihren Stempel aufgedrückt: die *Aufwertung der Deutschen Mark*, die uns später noch beschäftigen wird, und die *Auflockerung der Front zwischen den Wirtschaftsblöcken EWG und EFTA*. Offenbar ist endlich die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß es in Europa mit der Vertiefung des Grabens zwischen dem Markt der Sechs und der Kleinen Freihandelszone nicht mehr weitergehen darf. Nicht als ob die Verständigung der beiden Kampforganisationen schon in greifbare Nähe gerückt wäre; dazu sind die retardierenden Elemente auf beiden Seiten der Kluft, insbesondere bei den Commonwealth-Mitgliedern, noch zu aktiv und die zu meisternden sachlichen Probleme nicht auf Anhieb lösbar. Aber die wachsende Spannung zwischen West und Ost hat ihre Wirkung auf die beteiligten Regierungen in der freien Welt nicht verfehlt und von amerikanischer Seite wird offenbar in Richtung auf ein europäisches Bündnis nachhaltiger Druck ausgeübt. Zwei Vorgänge sind es auch hierbei, die in Wechselbeziehung zueinander stehen: die nicht nur in Großbritannien, indes dort in erster Linie, wachsende Neigung zum Anschluß an die EWG und, andererseits, die in der EFTA steigende Besorgnis vor den zentrifugalen Tendenzen in der Kleinen Freihandelszone und die vornehmlich in die Schweizer Wirtschaftspresse eingeschlichene Beklemmung vor einer handelspolitischen Isolierung. Für die Annäherung an die EWG symptomatisch ist der «Economist», von alters her ein Parteigänger der europäischen Integration; in seinen Wochenausgaben vom 29. 4., 13. und 20. 5. (hier insbesondere mit dem Hinweise, daß die Interessen der Landwirtschaft bei dem

Anschluß Englands an den Gemeinsamen Markt nicht beeinträchtigt werden) und endlich am 3. und 17. 6. bricht er dafür eine Lanze. Auch die Wiener «Industrie» beschäftigt sich am 24. 3. und 21. 4. mit dem Verhältnis Großbritanniens zur EWG und läßt sich am 2. 6. aus London darüber informieren, daß «England auf dem Wege nach Europa» sei. Die britische «Einstellung zur EWG» kommentiert im März der Hamburger «Wirtschaftsdienst» mit dem Hinweis auf «die Anziehungskraft des größeren Marktes», und die «NZZ» wird am 13. 5. (Nr. 136) aus London über die Erklärungen des britischen Europaministers Heath zur Integrationsfrage im Unterhause unterrichtet. Je stärker die Neigung Englands zur EWG hervortritt — die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» spricht am 10. 6. von einem «Nervenkrieg um die Integration» —, um so besorgter klingen die Wirtschaftszeitschriften aus dem EFTA-Bereiche wegen der ökonomischen Zukunft ihrer Länder. «La Suisse Horlogère» fragt am 4. 5. unruhig, ob «die EFTA bedroht» sei. Die «SHZ» öffnet am 27. 4. dem Delegierten für Handelsverträge, Dr. Albert Weitnauer, ihre Spalten zur Wiedergabe eines in Zürich gehaltenen Vortrages: «Europäische Integration und Schweizer Unabhängigkeit.» In erweiterter Form verbreitet sich der «Wochenbericht» Nr. 18 des Bankhauses Bär über «Wirtschaftsintegration und Föderalismus». «Finanz und Wirtschaft» sieht sich am 5. 5. zu der Feststellung gezwungen, daß «die EFTA vor dem Untergang» gelegen ist. Der Frankfurter «Volkswirt» hebt am 27. 5. «das Integrationsdilemma der Schweiz» hervor. In der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung», einem Monatsblatt mit eigenwilliger Prägung, verneint ihr Inland-Redaktor Dr. Rudolf Eckert in Nr. 3 die Frage, ob bei einer Eingliederung in die europäische Integration «die schweizerische Eigenart gefährdet» sein muß, und dasselbe Presseorgan bezeichnet im Juni die Schweiz als «vor der EWG-Tür stehend».

Im übrigen tritt die Beschäftigung mit den sonstigen internationalen Wirtschaftsthemen während der Berichtsperiode in den ökonomischen Zeitschriften an Umfang und Bedeutung hinter den soeben geschilderten zurück. Die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» publizierte im Mai eine Abhandlung von Dr. W. Belser und Dr. R. Vetterli (Zürich) über «die OEEC-Konvention über die Haftpflicht aus der friedlichen Verwendung der Atomenergie». Das New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» wartet im April mit einem Vokabularium der Entstehung und der Ziele der neuen *OECD* auf. Die Wiener «Industrie» versieht am 28. 4. die *OECD* mit dem Prädikat: «eine Chance für uns». Dr. Henry G. Aubrey fordert im «Challenge» (Juni) von den in der *OECD* vereinigten Staaten der freien Welt ein größeres Verständnis für die internationale Wirtschaftsverflechtung. — Der «Economist» vom 4. 3. bemängelte die Schwierigkeiten, die sich bei den gegenwärtig laufenden Zollverhandlungen im *GATT* eingestellt haben. In der «SHZ» vom 25. 5. wird festgehalten, daß jetzt «das *GATT* in die Entwicklungshilfe geht». — «Die *Konjunkturpolitik* des Westens soll koordiniert werden», konstatiert die Zeitschrift «EFTA», Nr. 2, als eine überraschende Wendung in der amerikanischen Politik. In Heft 4 der in Baden-Baden erscheinenden «Deutschen Rundschau» wird die ökonomische Entwicklung in der Welt unter die Lupe genommen. Der den Lesern der «Schweizer Monatshefte» bekannte deutsche Wirtschaftsjournalist Dr. Volkmar Muthesius prüft im Düsseldorfer «Industriekurier» vom 1. 6. geistvoll das Thema: «Wer hat die Konjunktur im Griff?» — Hinsichtlich der Zustände auf dem *Geld- und Kapitalmarkt* geht der «Wochenbericht» von Bär, Nr. 11, auf die «Staatsschuldenpolitik» ein. Das «Börsen-Bulletin», Nr. 3, der Schweizerischen Volksbank spezifiziert die Zusammenhänge zwischen «Volkseinkommen und Sozialprodukt» in der westlichen Welt. Die Schweizerische Bankgesellschaft hat im April ihre Kunden mit einer instruktiven Broschüre über «Zins und Zinspolitik» erfreut. Der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» leiht Professor Dr. Hans Mül-

ler am 15. 5. seine Feder mit einem Artikel: «Das Gold in der Weltwirtschaft», und Frederick H. Rosenstiel (New York) befaßt sich dort am 1. 6. mit den «Plänen des Internationalen Währungsfonds». Dr. Werner Stricker (Zürich) äußert sich in der gleichen Zeitschrift am 15. 6. über die «problematische Kursbeurteilung bei europäischen Aktien». — Auf *sozialpolitischem* Gebiete in internationaler Sicht haben wir im «Schweizer Arbeiter» vom 16. 3. eine Orientierung aus New York über die Beteiligung des Arbeitnehmers am Ertrage seines Unternehmens gefunden. Das Bankhaus Bär widmet seinen «Wochenbericht» Nr. 15 der «Wohlfahrtskonkurrenz auf dem Arbeitsmarkt». — Als Waffe im Kampfe des Westens gegen einen kommunistischen Vormarsch findet die *Entwicklungshilfe* in den Wirtschaftszeitschriften auch jetzt wieder gründliche Beachtung. Die «SA-Z» vom 16. 3. bringt sie in Verbindung mit dem Schutz für Investitionen. Die Wiener «Industrie» macht am 17. 3. auf die Notwendigkeit von Qualitätslieferungen in die unterentwickelten Gebiete aufmerksam. Grundsätze einer «zweckvollen Entwicklungspolitik» werden im April von den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» aufgestellt. Die «SA-Z» vom 27. 4. äußert Gedanken über «die «schweizerische Hilfe» an rückständige Länder. Im «Challenge» vom Mai behandelt Norman B. Ture unter dem Titel: «Neuer Wein für alte Flaschen» die Problematik der Entwicklungshilfe. Endlich werden «Kriterien für den Lebensstandard in den Entwicklungsgebieten» vom Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Mai formuliert, und in «Finanz und Wirtschaft» wird am 9. und 26. 5. sowie am 16. 6. verdeutlicht, «was wahre Entwicklungshilfe ist». — *Im übrigen* sind die folgenden Artikel beachtlich: ein Aufsatz «zur optimalen Betriebsgröße im Handwerk», der vom «Internationalen Gewerbearchiv», Heft 1, veröffentlicht ist. Die «SHZ» gedenkt am 13. 4. eines belehrenden Vortrags, den der Londoner Professor M. G. Kendall über die Methoden der Verfahrens- oder Unternehmensforschung («Operational Research») in der Schweiz gehalten hat. Einen «europäischen Vergleich über den

Exportzuwachs» veranstaltet der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins im Mai; gegenüber 1950 betrug der Zuwachs der Ausfuhr in Westdeutschland 478, in Österreich 257, in Italien 202 und in der Schweiz 106%. «Public Relations und menschliche Gesellschaft» benennt sich ein Beitrag zum II. Weltkongreß der Public-Relations-Fachleute Ende Mai 1961 in Venedig; er stammt vom Präsidenten der Schweizerischen Public-Relations-Gesellschaft, Dr. R. Kaestlin («Revue» der Gesellschaft, Mai 1961). Der Leiter des Internationalen Währungsfonds, Dr. Per Jacobsson, hat am 12. 6. in der Basler Universität einen fesselnden Vortrag über «aktuelle internationale Wirtschaftsprobleme» gehalten; dazu lassen sich die Londoner «Times» und die dortige «Financial Times» am 13. sowie die «NZZ» (Nr. 162) am 15. 6. vernehmen. Der «Wochenbericht» von Bär endlich prangert am 23. 6. die Irrwege der «europäischen Agrarpolitik» an.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

In seiner Beobachtung der schweizerischen *Konjunktur* weist der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Notenbank vom April auf den Boom und die Währungsorgen in der Eidgenossenschaft hin. Dipl. ing. agr. Walther Ryser (Brugg) gewährt in der «Agrarpolitischen Revue», Heft 8, Einblick in die Lage der Landwirtschaft in Berggegenden und macht Vorschläge für deren Verbesserung. In der amtlichen «Volkswirtschaft» vom April weckt die Erläuterung der Resultate aus der Fabrikstatistik vom 15. 9. 1960 Interesse. Mit den «Schattenseiten der schweizerischen Konjunktur» befaßt sich von hoher Warte aus Präsident Dr. A. Schaefer der Generaldirektion in der Schweizerischen Bankgesellschaft (vgl. «NZZ» Nr. 154 vom 7. 6.). Willkommen ist die Mitteilung Nr. 147 der Kommission für Konjunkturforschung über die ökonomische Lage in der Welt und der Schweiz; sie erscheint als Beilage zur amtlichen «Volkswirtschaft» im Mai. — Der *schweizerische Außenhandel* 1960 wird vom «Bulletin», Nr. 2, des Schweizerischen Bank-

vereins prägnant analysiert; im letzten Jahre sind Import und Export gegenüber der EWG gestiegen, die Ausfuhr nach der EFTA ebenfalls; dagegen hat sich die Einfuhr aus ihrem Bereiche vermindert. Nicht ohne Besorgnis blickt die «SHZ» vom 27. 4. auf den ungewöhnlich großen Fehlbetrag von fast 286 Millionen Fr. im Außenhandel des Monats März. In der «Suisse Horlogère» vom 20. 4. ist man enttäuscht über den Aufschub der französischen Liberalisierung für die Uhreneinfuhr. Sehr anregend ist wieder das mit einiger, technisch bedingter Verzögerung herausgegebene Heft I der «Außenwirtschaft»; neben Beiträgen der St.-Galler Professoren Bachmann, Boßhardt und Kneschaurek nimmt der Geschäftsführer der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Dr. H. J. Meyer-Marsilius (Zürich), das Wort zu dem Thema: «Die Diskriminierungseffekte im zukünftigen schweizerisch-deutschen Handel.» — Rege war in der Berichtszeit die Anteilnahme der Presse an *sozialpolitischen Vorgängen*. Wie der Aufsatz von Gerhard Winterberger in der Maiausgabe der «Schweizer Monatshefte» erkennen läßt, ist die Beschäftigung von Fremdarbeitern in der Schweiz ein beliebter Stoff für die Wirtschaftszeitschriften. Er wird vom «Schweizer Arbeiter» am 2., von der «SA-Z» am 16. 3. und 25. 5. sowie von der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» in Nr. 5 aufgegriffen. Im April stellt «Wirtschafts-Dienst - Betriebsführung» die Prognose auf, daß «vom Ausland immer weniger gelernte Fachkräfte kommen werden». Professor Dr. Emil Küng (St. Gallen) hat innerhalb der «Orientierungen» aus der Schweizerischen Volksbank im Mai eine gründliche Studie über «Schweizerische Arbeitsmarktprobleme» verfaßt. Im Rahmen eines längeren Artikels: «Überfremdung — ein nationales Problem», geht auch das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins im Juni auf die kritischen Punkte bei der Verwendung ausländischer Arbeitskräfte in der Schweiz ein. Des weiteren heben sich aus der Fülle des sozialpolitischen Materials als besonders anregend die folgenden Abhandlungen heraus: «Sozialpolitik in der welschen Schweiz», von Henri Muller (Lausanne) in der «Schweizeri-

schen Gewerbe-Zeitung» vom 29. 4. Das «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» (dessen Neuerscheinung Professor Dr. F. Kneschaurek in den «Schweizer Monatsheften» vom März mit Recht eine «wertvolle Informationsquelle» genannt hat) befaßt sich im April mit der AHV-Revision, auf die auch «der Schweizer Arbeiter» am 30. 3. und die «WirtschaftsWinke» in Nr. 4 eingehen. Ellen Bielfeldt hat an Ort und Stelle «den Schweizer Solidaritätsbeitrag» studiert und darüber in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Mai referiert. Über «Kollektives Arbeitsrecht» schreibt Nationalrat Dr. H. Häberlin im «Schweizer Arbeiter» am 25. 5. und im Leitartikel der von ihm selbst redigierten «Werkzeitung», Nr. 5, über die AHV-Revision. Die «SA-Z» vom 18. 5., 1. und 8. 6. kritisiert «das neue Arbeitsprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes». Der «Wochenbericht» von Bär durchleuchtet am 26. 5. «Arbeitszeitprobleme», und schließlich nennt die «SHZ» vom 15. 6. die Revisionsanträge des Bundesrates zur Kranken- und Unfallversicherung «einen Schritt zum Sozialstaat».

In Fragen der *Finanzen und Steuern* behandelt zunächst der «Wochenbericht» von Bär, Nr. 9, unterhaltsam die «Versüßung der Steuerpille» für den geplagten Steuerzahler. Die außenwirtschaftliche Ertragslage pointiert und die Maßnahmen der Schweizerischen Notenbank verteidigt deren Direktoriens-Präsident Dr. Schwegler in der Generalversammlung der Bank am 18. 3.; man verfolge dieserhalb die «NZZ», Nr. 78 vom 20. 3. Die «Steuer-Revue» befürwortet in Nr. 3 die steuerliche Gleichbehandlung aller Grundstückgewinne. In die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» ist am 1. 4. eine zusammenfassende Darstellung der Geschäftsergebnisse der Schweizer Großbanken 1960 aufgenommen worden. Die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank zeigen im April die «Grenzen der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im Steuerrecht» auf. Die Ansprache des Präsidenten E. Gamper in der diesjährigen Generalversammlung wird vom «Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt, Nr. 1, wiedergegeben. In ähnlicher

Weise vermittelt das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins im März den Wortlaut der Rede seines Verwaltungsratspräsidenten Dr. Rudolf Speich in der letzten Generalversammlung dieser Bank; die Ausführungen beziehen sich auf die Hochkonjunktur, die Aktienkurse und den Geldwert. «Überfremdungsprobleme auf dem Kapitalmarkt» nennt Dr. Max Rüegg (Erlenbach) eine Skizze, die als Nr. 3 im Rahmen der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der «Wirtschaftsförderung» erschienen ist. Zu «Gewinnbesteuerung und Inflationsbekämpfung» läßt sich Professor Dr. Emil Küng in der «Steuer-Revue», Heft 4, vernehmen. In der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 27. 5. wird die Bewertung der Autobetriebskosten bei der Steuerveranlagung erläutert.

Am Schlusse dieses Abschnittes sei auf einige *sonstige* Artikel in der Wirtschaftspresse hingedeutet, die beachtlich erscheinen: Die «SHZ» bringt am 23. 3. einen Aufsatz von Ständerat Dr. Willi Rohner: «Die Schweiz und der Europarat.» Die Doppelnummer 6/7 der «Agrarpolitischen Revue» ist Leben und Wirken von Ernst Laur zu seinem 90. Geburtstag gewidmet. Hans Rohrer (Luzern) schildert in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom März die Aufgabe der «Public Relations», des Verbindungsdienstes der Wirtschaft zur Öffentlichkeit. «Der schweizerische Motorfahrzeugbestand 1960» ist, nach seinen Kategorien geordnet, aus dem «Archiv für schweizerische Wirtschaft usw.», Heft 3, «die Bautätigkeit 1960 in den Gemeinden von über 2000 Einwohnern» aus der amtlichen «Volkswirtschaft» vom März abzulesen. «La Suisse Horlogère» macht die Frühjahrs-Mustermesse von Basel zum Hauptgegenstand ihres Heftes 15. Die «Förderung der Forschung in der Schweiz» rühmt die Wiener «Industrie» am 12. 5. Daß «gute Zeiten für die Warenhäuser» gekommen sind, bekundet Dr. J. C. Meyer (Zürich) in der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Mai. Die «Revue Economique Franco-Suisse» enthält in ihrer Nr. 1/1961 interessante Beiträge aus berufenen Federn über das Verhältnis der Schweiz zu den in Europa bestehenden internationalen Institutionen.

Informationen aus Gebieten politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Aus dem Kreise der *Benelux-Staaten* werden zwei der bedeutendsten Unternehmen der Niederlande mit ihren Hauptmerkmalen in Monographien dem Leser präsentiert, nämlich Philips N. V. in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung», Nr. 3, und in «Finanz und Wirtschaft» vom 6. 6., Unilever N. V. im «Börsen-Bulletin» der Schweizerischen Volksbank Nr. 4. Mit dem Rechenschaftsbericht der Niederländischen Bank für das Jahr 1960 beschäftigt sich die «NZZ», Nr. 121 vom 4. 5. — Wie wir eingangs bemerkt haben, wurde die Aufwertung der *Deutschen* Mark, gefolgt durch diejenige des holländischen Guldens, von der internationalen Wirtschaftspresse mit Spekulationen über die möglichen Wirkungen in besonderer Nachhaltigkeit begleitet. In der «Tribune de Genève», Nr. 55 vom 6. 3., versieht sie Professor Dr. W. Röpke mit einem Kommentar, in der Wiener «Industrie» vom 10., im «Economist» am 11., in «Finanz und Wirtschaft» vom 7. und 17. und im «Wochenbericht» von Bär am 24. 3. finden sich Interpretationen des Ereignisses. Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» versieht der Leitartikel ihres Heftes 6 mit der Überschrift: «Roma locuta» (in der Währungsfrage) mit Dr. V. Muthesius als Verfasser. In einer Beilage «Deutschland-Schweiz» geht die «SHZ» am 10. 5. auf den Handel der Schweiz mit Westdeutschland «im Schatten der Blockpolitik» ein; seine Bilanz wird darin als erfreulich gerühmt. — Dr. Walter B. Bing (Paris) deutet in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 15. 4. hin auf «die *französischen* Währungsreserven», die Ende 1960 10 Milliarden NF überschritten hatten. «Neue Linien der französischen Wirtschaftspolitik» verfolgt die Wiener «Industrie» in Nr. 17, und in den «Wirtschaftsführer-Briefen» vom 18. 4. wird «Frankreichs Wirtschaft als von der politischen Lage abhängig» gestempelt. — Den Zwang zur Exportsteigerung für die Industrie *Großbritanniens* hebt der «Economist» am 18. 3. hervor. Die «SHZ» vom 6. 4. eröffnet einen Ausblick auf die britische Flug-

zeugindustrie und ihr Programm, «La Suisse Horlogère» vom 18. und 25. 5. auf die Uhrenfabrikation in England. — Dr. L. Magnani (Rom) ist der Verfasser von Betrachtungen über «Arbeitslosigkeit und Arbeitermangel» in *Italien* am 2. 3. und über «lohnpolitische Perspektiven» dort am 9. 3. in der «SA-Z». — Aus dem *nordischen Bereich* skizziert die «NZZ» am 31. 3. (mit Nr. 89) «die Wirtschaftslage in Norwegen» und «Schwedische Hochkonjunktur», am 4. 6. (Nr. 151) die «inflationistischen Spannungen in Schweden». Die «EFTA» legt anhand statistischer Unterlagen im Mai Zeugnis davon ab, daß «Schwedens EFTA-Handel sich günstig entwickelt». — Wie sonst so sind auch jetzt die politischen und ökonomischen «Informationen aus *Österreich*» mit wöchentlicher Folge für Beteiligte am Warenaustausch mit dem alpinen Nachbarland nützlich. Bundesminister Dr. Fritz Bock zieht an der Spitze des Heftes 14 der Wiener «Industrie» eine «Zwischenbilanz der Integration»; sie mündet in die Feststellung aus, daß «unter allen Umständen» die österreichische Wirtschaft auf den Märkten der Sechsergemeinschaft absetzen muß. In ähnlichem Sinne plädiert der Präsident der Vereinigung österreichischer Industrieller, Dr. F. J. Mayer-Gunthof, in Nr. 2 der «EFTA» mit Erklärungen über «*Österreichs* Industrie und die EFTA».

2. *Aus der übrigen Welt:* Mit «monetären und finanziellen Problemen neuer Staaten in *Afrika*», einem zeitgemäßen Thema, behandelt durch Dr. Jucker-Fleetwood (Basel), beginnt die «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» ihr Heft 1/1961. Für «*Afrika* und die EFTA» interessiert sich die Wiener «Industrie» vom 23. 6. — «*Australien* zwischen Inflation und Zahlungsbilanzkrise» wird von der «NZZ», Nr. 124 vom 7. 5., gekennzeichnet. — Die Zukunft *Lateinamerikas* behandelt der «Economist» am 22. 4. in einer Spezialübersicht.

Als Resultat einer Studienreise berichtet Dr. Hilde Wander (Kiel) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Mai über «die ökonomische und politische Entwicklung *Indonesiens*». — Aus *Japan* wird die «SHZ» vom 9. 3. über eine «Umorientierung der Wirtschaft» informiert, die von der Fabrikation

kurz- zu der langlebiger Produkte übergegangen ist. Der Düsseldorfer «Industriekurier» wartet am 2. 4. mit einer inhaltsreichen Sonderbeilage: «Handelspartner Japan» auf, und die «Schweizerische Wirtschaftszeitung» verfolgt im April das «Wirtschaftswunder» dieses Reiches im Fernen Osten. — Eine «flaute Wirtschafts- und Börsenentwicklung in Kanada» vermerkt der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins im März. Ein Spezialkorrespondent beantwortet im «Economist» vom 27. 5. drängende Fragen für die kanadische Wirtschaft. Die «NZZ», Nr. 169 vom 22. 6., behandelt die «expansive kanadische Wirtschaftspolitik». — *Marokko* wird im April von der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» in Bildern vorgestellt. — «Paraguay überwand die Inflation», bemerkt die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» in Heft 5. — Auf die wirtschaftlichen Folgen des Austritts von *Südafrika* aus dem Commonwealth deutet der «Economist» am 18. 3. hin. Die Tendenzen im südafrikanischen Rassenkonflikt wurden vom Hamburger «Wirtschaftsdienst» im April erläutert. Daß Südafrika «Maßnahmen gegen die Kapitalflucht» ergriffen hat, wird der «NZZ» am 23. 6. (Nr. 170) aus Johannesburg gemeldet. — Zu dem neuen Regime der *Türkei* ergreift Kemal H. Karpat im «Challenge» vom März das Wort.

Wirtschaftsinformationen aus den USA

Mit der «Zukunft des Dollars» beschäftigen sich die (englisch geschriebenen) «Prospects» der Schweizerischen Bankgesellschaft, Nr. 81 vom März/April. In «Finanz und Wirtschaft» vom 25. 4. werden die Reingewinne der amerikanischen Industrie 1959 und 1960 miteinander verglichen; es überwogen im letzten Jahre die Einbußen. Der «Economist» hält sich am 20. 5. zur Feststellung berechtigt, daß der wirtschaftliche Aufschwung in den USA neuerdings wieder an Gestalt gewinnt. Dagegen ist den «Wirtschaftsführer-Briefen» vom 5. 5. das Ende der Rezession drüben noch keineswegs sicher. Daß sich dort eine Schwenkung von kurz- zu langfristigem Vorgehen in der

Wirtschaftspolitik vollzieht, konstatiert die «SHZ» am 8. 6. Unmittelbar vor dem Ende unserer Berichtszeit bringt der «Economist» am 24. 6. eine längere Meldung aus den USA mit der beruhigenden Feststellung, daß die Kennedy-Administration handelspolitisch zum Liberalismus und nicht zum Protektionismus neigt. — *Ferner* äußert sich Erich Bendheim (New York) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom April über «die Psychologie der amerikanischen Entwicklungshilfe». «Finanz und Wirtschaft» zeigt sich im Leitartikel am 19. 5. über die «Wunschträume» des Washingtoner Handelsministers Hodges erstaunt, deren Verwirklichung einer «europäischen Wirtschaftshilfe für die USA» gleichkommen würde. «Die pharmazeutische Industrie» der USA wird in einer Monographie des «Börsen-Bulletins» der Schweizerischen Volksbank (Mai) geschildert. «Den Außendienst der Lebensversicherungs-Gesellschaften» drüben kennzeichnet die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» im April.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Dr. Rolf Müller (Bremen) deckt in Nr. 3 der «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» «Moskauer Planungssirrtümer» auf. In den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» des Aprils stößt man auf einen wertvollen Bericht von Hartmut Zimmermann (Berlin) über «Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme». China wird in der «SHZ» am 30. 3. als «wichtigster Handelspartner der UdSSR» angesprochen. Erst anfangs Juli ist das Maiheft der «Osteuropa-Wirtschaft» erschienen. Es enthält einen Aufsatz von Dr. Oleg Hoeffding (Santa Monica in Kalifornien) über «Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China». Dar- aus sei hier nur festgehalten, daß im letzten Jahr, laut der von den Sowjets veröffentlichten Statistik, 1959 Rußland aus China für 4,4 Mrd. Rubel Waren bezogen und solche im Werte von 3,8 Mrd. Rubel dorthin geliefert hat. — Mit den Berufsschulen der Sowjetunion befaßt sich Arnold Dubois (Zü-

rich) in den Ausgaben 12/13 und 14 der «SA-Z». Stammen die Motive Moskaus aus Profitgier oder politischen Überlegung?, fragt Franklyn D. Holzman (Washington) im «Challenge» vom April. Der «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts berichtet am 14. 4. über die Textilindustrie von Nord-Vietnam und am 20. 4. über die Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion. «Einige Aspekte der Lage in Rußland» schildert der eben genannte A. Dubois in der «SA-Z» Nr. 16. Dr. Peter Knirsch gibt in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Mai seine Eindrücke aus dem Osten unter dem Titel wieder: «Die Sowjetunion — ein unterentwickeltes Gebiet.»

Vor einem Eindringen des tschechoslowakischen Exports in die Entwicklungsländer warnt die Wiener «Industrie» am 17. 3. In der vorher zitierten «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Mai nehmen Professor Röpke, der britische Handelsminister Reginald Maudling, der Chefredaktor der Pariser «Monde», Hubert Beuve-Méry, und der Herausgeber der «New York Times», Arthur Hays Sulzberger, Stellung zu dem Thema: «Osthandel — ja oder nein?» Dr. Wolfgang Stubenrauch (Bonn) ergreift im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Mai das Wort zu «Osthandelsproblemen der lateinamerikanischen Länder». Auf die Drohung des sowjetischen Öls weist James F. McDivitt im «Challenge» vom Mai hin. Eine umfangreiche Beilage zum «Industrie-Kurier» vom 13. 6.: «Handelspartner UdSSR», kann auf allgemeine Beachtung Anspruch erheben. Einer inhaltsreichen Statistik über «Die Entwicklung des Ost-West-Handels zwischen 1955 und 1960» in der vorher zitierten «Osteuropa-Wirtschaft» vom Mai entnehmen wir die folgende Übersicht (Werte in Millionen Dollar):

Handel zwischen Westeuropa und den europäischen Ostblockländern

Jahr	Einfuhr nach Westeuropa	Ausfuhr aus Westeuropa
1950	801	643
1955	1357	1095
1958	1856	1521
1959	2062	1710
1960	2128	2015

Sonstiges

Außerhalb der in unseren «Querschnitten» üblichen Rubriken verdienen noch die folgenden Beiträge besondere Erwähnung: Für Kenner kommunaler Probleme hat die Schriftleitung der (Monats-) «Zeitung für kommunale Wirtschaft» das Material im März und Juni zu Wasserwirtschaftsfragen, im April zur Gas- und im Mai zur Stromversorgung zusammengestellt. In Beilagen zur «SHZ», «Grundpfeiler der Wirtschaft», ist eine am 23. 2. begonnene und am 9. sowie 23. 3. fortgesetzte Darstellung der für das Erdöl gültigen Merkmale zu verfolgen. Dem zum 1. 4. aus seinem Amte ausscheidenden geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Handelskammer Deutschland-Schweiz, Dr. v. Napski, widmet der Präsident der Kammer, Dr. Conrad Meyer, in deren Monatschrift vom März gleichzeitig zum 70. Geburtstag einen herzlich gehaltenen Abschiedsgruß. Schließlich werden die Aufsätze: «Die Rolle des Goldes in der Währungsordnung» im «Wochenbericht» Nr. 16 von Bär und «Die christliche Botschaft, die Arbeiterbewegung und die Kirchen» von Fritz Vilmar (Frankfurt a. M.) im Juniheft der deutschen «Gewerkschaftlichen Monatshefte» aufgeschlossene Leser finden.

(Geschrieben Anfang Juli 1961.)

Hans Posse